

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 22. März 2010**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **4. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Ende der Sitzung: 18.01 Uhr

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):  
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner  
Manfred Hochhauser  
Ernst Kirchmayr  
Mag. Petra Lipp

Gertrude Aitzetmüller  
Klaus Hoflehner  
Rupert Leitner  
Johann Reindl-Schwaighofer

Raimund Buttinger  
Mag. Bernhard Humer  
Brigitte Lindlbauer  
Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß  
Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner  
Margarete Josseck-Herd  
Mag. Georg Parzmayr  
Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger  
Mag. Günter Lehner  
Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm  
Dietmar Marehard  
Egon Schatzmann

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar  
Brigitte Wartinger  
Walter Zaunmüller

Stefan Haböck  
Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf  
Augustine Zittmayr-Hacker

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Andrea Bauer

Andrea Svoboda

Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

Niemand; alle Mandatäre anwesend.

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 15.03.2010 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfragen an den Bürgermeister

### Anfragen von GR. Prof. Mag. Walter Teubl betreffend Inserate von Stadtsenatsmitgliedern und Infopoint Fußgängerzone Bäcker gasse:

Bgm. Dr. Koits: Von Herrn Gemeinderat Mag. Teubl wurden zwei Anfragen an mich gerichtet. Die eine Anfrage betrifft die Einschaltung von Inseraten in Printmedien im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit durch die Mitglieder des Stadtsenates und die andere Anfrage betrifft den Infopoint in der Fußgängerzone Bäcker gasse.

Ich werde diese Anfragen (Anlagen 1 und 2) aufgrund des Umfangs bzw. des damit verbundenen Aufwandes in nächster Zeit schriftlich beantworten.

### Anfrage von GR. Markus Wiesinger betreffend Straßenbenennungen nach Frauen:

Bgm. Dr. Koits: Auch von Herrn Gemeinderat Markus Wiesinger wurde eine Anfrage an mich gerichtet. Dabei geht es darum, in wie vielen Fällen in letzter Zeit neue Straßen nach Frauen benannt wurden.

Hiezu darf ich feststellen, dass diese Anfrage verspätet bei mir einlangte und sie somit entsprechend der Geschäftsordnung bei der nächsten Gemeinderatssitzung sozusagen automatisch behandelt wird.

### Zu den Anfragen im Allgemeinen:

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte sie in Zusammenhang mit Anfragen ganz generell darum ersuchen, zu überlegen, ob man es in der Fülle wie im letzten halben Jahr in Zukunft ebenso haben möchte. Ich werde künftig immer die Kosten ausrechnen lassen, die in Zusammenarbeit mit der Bearbeitung solcher Anfragen entstehen. Wenn nämlich ein Thema vielleicht mit 10 Unterpunkten nachgefragt wird, dann werden damit unter Umständen mehrere Abteilungen oder mehrere Mitarbeiter zu befassen sein, das heißt, es entsteht hierfür ein größerer Zeitaufwand.

Mein Ersuchen geht also dahin, sich wirklich genau zu überlegen, was man gelegentlich wissen möchte und ob man nicht das eine oder andere auch auf kurzem Wege erfragen kann, ohne dafür im Gemeinderat eine formelle Anfrage zu stellen.

### Mitteilungen des Bürgermeisters

#### a) Resolutionen des Gemeinderates:

Bgm. Dr. Koits: Wir haben in den letzten Monaten verschiedene Resolutionen hier im Gemeinderat beschlossen und an das Land oder an den Bund gerichtet. Ich darf ihnen hiezu einiges an Informationen geben.

Wie haben uns beispielsweise in einer Resolution dafür eingesetzt, dass die Welser Hauptschulen nach dem Oö. Schulmodell als „Neue Mittelschule“ von der Bundesregierung bzw. von der Frau Ministerin Dr. Schmied tatsächlich als solche ausersehen werden.

Ich habe dazu ein Antwortschreiben erhalten und Ergebnis ist jenes, dass alle städtischen Welser Hauptschulen als „Neue Mittelschule“ geführt werden. Ich glaube, das ist für unsere Stadt durchaus ein sehr schöner Erfolg. Aus meiner Sicht stellt es für die Zukunft eine der Hauptaufgaben dar, dass die Hauptschulen ein besseres Image bekommen und die Lehrpläne etwas anders gestaltet werden, damit zumindest in gewissen Bereichen ein Gleichklang mit der Mittelschule gegeben ist.

Dann haben wir im Juni vorigen Jahres an das Land Oberösterreich bzw. an die Landesregierung eine Resolution betreffend das Oö. Spielapparate- und Wettgesetz abgesandt. Auslöser war, dass wir alle uns nicht gerade sehr über die Wettbüros freuen, die wie Schwammerl nicht nur bei uns aus dem Boden geschossen sind. Wir haben gemeint, dass im Zuge einer Gesetzesänderung verschärfte Bedingungen und Auflagen zum Schutz der Bevölkerung möglich sein sollten. Vor allem ist es nicht einzusehen, dass unter gewissen Umständen oder Bedingungen sogar ein Rund-um-die-Uhr-Betrieb gestattet ist.

Seitens des Landes wurde uns mitgeteilt, dass diese Resolution sozusagen abgelegt wurde, nachdem die letzte Gesetzgebungsperiode des Landtages ablief. In einem Schreiben am 03.03. habe ich allerdings Herrn Landtagspräsident Friedrich Bernhofer ersucht, diese Resolution aus dem Vorjahr zu aktivieren und einer entsprechenden Behandlung zuzuführen.

#### b) Finanzierung von Projekten:

Bgm. Dr. Koits: Vom Land Oberösterreich habe ich bestimmte Informationen erhalten, nämlich zum Thema der Finanzierung von Projekten.

Was das Projekt Turnhalle an der Traun betrifft, andererseits die Sanierung und Errichtung von städtischen Turnhallen und Kindergartenbauten, ist die Sache so, dass die bereits zugesagten finanziellen Mittel nicht im vorgesehenen Zeitraum überwiesen werden können, das heißt, sie werden zeitlich verzögert zur Auszahlung gebracht. Ich glaube – wenn ich das recht in Erinnerung habe – es gibt Auszahlungsverzögerungen bis ins Jahr 2014. Das ist eine Situation, die uns schon

sehr trifft. An dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass die im letzten Jahr in Betrieb genommene neue Volksschule Mauth erst 2016 oder 2017 in das Schulbauprogramm aufgenommen wird und erst dann wird entschieden, ob und wann wir in welcher Höhe finanzielle Zuschussmittel erhalten.

Angesichts dieser Tatsache – auch wenn Zinsenzuschüsse für Zwischenkredite gewährt werden – darf ich sie sehr darum ersuchen, mit neuen Forderungen hier im Gemeinderat äußerst vorsichtig umzugehen. Ich habe mir die Dringlichkeits- und Initiativanträge aller Parteien, die so in den letzten Monaten behandelt wurden, sehr genau angesehen – wir haben erst am 22. Februar das Budget beschlossen und heute liegen schon wieder etliche Anträge vor – und muss sagen, dass uns diese, falls wir sie in der jeweils eingebrachten Form umsetzen würden, viel Geldeinsatz abverlangen würden. Ich muss jedoch alle Fraktionen ersuchen, die nötige Budgetdisziplin zu wahren, weil wir sonst die Dinge nicht schaffen werden. Als Bürgermeister, aber auch im Namen des Finanzreferenten muss ich sie wirklich eindringlich auf dieses Thema hinweisen.

Ich darf sie auch darüber informieren, dass es demnächst ein Gespräch mit dem Landes-Kindergartenreferenten auf Landesebene geben wird. Dabei wird es ganz allgemein um die Finanzierungsmöglichkeiten der Kindergärten gehen, insbesondere auch um den Gratis-Kindergarten, und ich bin mir nicht sicher, was bei diesem Gespräch auf Landesebene herauskommen wird. Umso mehr haben wir die Verpflichtung zur Wahrung der Budgetdisziplin und zur eventuellen Erstellung einer Prioritätenreihung.

## Aktuelle Stunde

### Verwertung stadteigener Liegenschaften:

Bgm. Dr. Koits: Diesmal wurde nur von der FPÖ-Fraktion ein Thema zur „Aktuellen Stunde“ eingebracht, nämlich bezüglich „Verwertung stadteigener Liegenschaften“. Ich ersuche um eine einleitende Wortmeldung seitens der FPÖ-Fraktion.

StR. Dr. Rabl: Wir, die Freiheitlichen, haben uns in der Vergangenheit intensiv damit auseinandergesetzt, wie man mit dem Eigentum der Stadt Wels umgeht. Derzeit stehen im Bereich der Liegenschaftsverwaltung zwei Großprojekte an. Das erste Projekt ist im Verkauf oder der künftigen Nutzung des Schlosses Pollheim zu sehen, nachdem von dort die Landesmusikschule in den Herminenhof übersiedelt ist, und beim zweiten Projekt geht es um die Verwertung oder weitere Nutzung der Gründe in Wimpassing, jener Gründe, die angekauft wurden, um ein Stadion etc. zu errichten, wobei aber dieses Projekt Gott sei Dank von der SPÖ doch noch abgeblasen und doch nicht zum Millionengrab wurde. Bleiben wir aber nun gleich einmal bei der Frage, was künftig mit dem Schloss Pollheim geschehen soll.

Eigenartig in Zusammenhang mit dem Schloss Pollheim ist die Vorgangsweise. Dies deshalb, weil wir im Dezember aus der Zeitung erfahren mussten, dass bezüglich dieses Schlosses Verkaufsverhandlungen geführt werden. Ich kritisiere daran nicht, dass Schloss Pollheim verkauft werden soll, denn das war bereits in Zusammenhang

mit der Finanzierung des Herminenhofs so geplant und es wurde damals im Gemeinderat dieser Umstand irgendwo mitbeschlossen. Sehr wohl kritisiere ich aber die Art der Vorgangsweise in dieser Angelegenheit. Der Gemeinderat wird nämlich nicht darüber informiert, wer mit wem Gespräche führt, wie die künftige Nutzung des Schlosses aussehen soll und der Gemeinderat wird auch nicht darüber informiert, welche Kaufpreisvorstellungen man hat. Nichts in dieser Richtung wird hier kommuniziert und das ist auch deshalb so traurig, weil ja gerade das Schloss Pollheim eine zentrale Rolle in der Innenstadt spielt. Wir wissen doch ganz genau, dass ehemalige Musikschüler auch Frequenzbringer für die Innenstadt waren bzw. haben sich manche Eltern während des Musikunterrichts für ihre Kinder im Bereich der Innenstadt aufgehalten. Es liegt also in einem ganz massiven Interesse der Stadt Wels, zu wissen, was mit diesem Schloss künftig passiert. Werden dort Wohnungen gemacht, werden dort Büros gemacht, werden dort für Jungunternehmer kleine Büros eingerichtet, so wie wir das schon einmal vorgeschlagen haben?

Wir sind also der Meinung, dass speziell beim Schloss Pollheim massiv auf eine Einbeziehung der Fraktionen geachtet werden sollte. Und mit einem möglichen Käufer müsste sehr genau darüber gesprochen werden, welche künftige Nutzung von Schloss Pollheim von seiner Seite aus geplant sei. Für uns stellt das eine ganz zentrale Bedeutung dar, weil das eine hohe Priorität für die Innenstadt hat.

Bei der zweiten Frage geht es um die Gründe in Wimpassing. Diese Gründe werden jetzt Gott sei Dank nicht für den Bau einer Sportstätte gebraucht, nachdem dieses Projekt abgeblasen wurde. Schon vor einem Jahr, nämlich im Jänner 2009, haben wir einen Antrag in der Richtung gestellt, dass wir in Zusammenhang mit diesem notwendigen Grunderwerb unbedingt auch ein Bauland für Jungfamilien haben wollen. Dies deshalb, weil Jungfamilien immer mehr in die Umlandgemeinden absiedeln und Wels praktisch keine Möglichkeit hat, Grundstücke zu vernünftigen Preisen anbieten zu können. Somit haben Jungfamilien kaum eine Möglichkeit, sich in Wels ein Haus zu bauen bzw. in Wels eine Existenz zu gründen. Und was ist davon die Folge? Die Folge ist eine massive Stadtfucht, der wir aber mit gewissen Programmen begegnen müssen, so wie es diese in anderen Gemeinden gibt, wo sie sehr positiv aufgenommen werden.

Ich kann es nicht verstehen, warum man hier seit über einem Jahr mit einer Vorbereitung in dieser Richtung zögert. Man hat diesen damaligen Antrag, den wir einbrachten, einem Ausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen, allerdings wurde dieses Thema nie in einem Ausschuss behandelt. Wir sind aber der Meinung, dass es höchst an der Zeit ist, zu einer entsprechenden Nutzung dieser Fläche in Wimpassing zu kommen, nämlich in der Weise, wie wir das bereits gefordert haben. Es sollten kleine Parzellen in der Größe von 600 bis 700 Quadratmetern eingerichtet werden, um sie in weiterer Folge mit der Verpflichtung zu verkaufen, dass dort Jungfamilien innerhalb von fünf Jahren tatsächlich Häuser bauen. Wir brauchen anständige Familien in Wels, wir brauchen einen Zuzug nach Wels und das macht es eben notwendig, dass jungen Familien die Möglichkeit gegeben wird, dort zu bauen.

Ich würde mir also erwarten, dass im Bereich der Grundverwertung in Wimpassing mehr passiert bzw. dass endlich mehr aktive Schritte gesetzt werden.

StR. Lehner: Das Schloss Pollheim ist natürlich aufgrund seiner Lage in der Innenstadt ein sehr wichtiges Objekt. Auch für mich als Wirtschaftsreferent ist es ein wichtiger

Punkt, die Innenstadt zum Erlebnis zu machen und es ist für mich ebenfalls notwendig, zu einem klaren Konzept in Bezug auf die künftige Nutzung zu kommen.

Ich glaube, es ist auch aufgrund der Budgetsituation der Stadt Wels notwendig, sehr intensiv über den Verkauf dieses Gebäudes nachzudenken und diesen zu forcieren. Ich glaube, die Wirtschaft ist zumeist ein besserer Verwerter von Liegenschaften als die öffentliche Hand und so meine ich, dass man es sehr wohl der Wirtschaft überlassen kann, sich zu überlegen, in welcher Weise eine gute Nachnutzung zu erreichen ist. Es wurde von Wohnungen gesprochen, von Büroräumlichkeiten für Jungunternehmer etc.; ich glaube, hier gibt es zahlreiche gute Möglichkeiten.

Der zweite angesprochene Aspekt betrifft die Gründe in Wimpassing. Hier gibt es auf der einen Seite noch immer einen gültigen Gemeinderatsbeschluss, das heißt, theoretisch ist das noch immer Stadiongrund. Andererseits haben wir schon darüber gesprochen – deshalb wundert mich jetzt dieser Themenbeitrag zur „Aktuellen Stunde“ – dass es bereits ein beschlossenes Projekt gibt, das auch vom Land Oberösterreich gefördert wird. Dabei geht es um energie- und flächenoptimiertes Bauen in Wels. Im Rahmen dieses Projektes werden bestehende Objekte etwa in Siedlungen analysiert und die Ergebnisse sollen zukunftsweisend genutzt werden. In Summe werden für dieses Projekt 28.000 Euro investiert und der Förderungsbeitrag des Landes macht 21.000 Euro aus.

Man wird demnach sehen, wie man ganz konkret diese Gründe auch in Richtung Autobahn hin vernünftig aufteilen kann. Dabei wird es genauso wichtig sein, sich des Lärmthemas anzunehmen. Es ist ja heute eigentlich bei jeder Siedlung, die geplant wird, notwendig, Lärmgutachten zu erstellen. Es mag somit richtig sein, wenn man diverse Grundflächen beispielsweise in eine Größenordnung von 600 bis 700 Quadratmetern aufteilt – viele sind der Meinung, dass es gut ist, wenn wir den Welserrinnen und Welsern die Möglichkeit zum Grunderwerb anbieten – nur muss man meines Erachtens sehr seriös an diese Sache herangehen und in diesem Zusammenhang ist meines Erachtens das Projekt einer energie- und flächenoptimierten Bauweise ein ideales Vehikel. Hiermit sollte es unter Beteiligung der Universität für Bodenkultur möglich sein, für die künftigen Bewohner oder in Hinblick auf die künftige Nutzung des Areals wirklich das Optimale zu erreichen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Auch wir von den GRÜNEN wundern uns etwas über diese „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Nutzung gemeindeeigener Flächen“ bzw. müsste man eigentlich auch von gemeindeeigenen Immobilien sprechen, wie wir zuvor hörten. Ich wundere mich insbesondere deshalb, weil wir von den GRÜNEN, wie sie unschwer der heutigen Tagesordnung entnehmen können, genau zu diesen Themenbereichen zwei Initiativanträge einbrachten. Sie sehen das unter den Punkten 14. und 15. Exakt unter Punkt 14. geht es darum, die durch die Absage des Stadionbaus nunmehr frei zur Verfügung stehenden Grundstücke entsprechend zu verwerten und unter Tagesordnungspunkt 15. machen wir einen Vorschlag zur Nachnutzung von Schloss Pollheim. Hier hätte man also über diese Dinge genauso diskutieren oder sogar mit Abänderungsanträgen eingreifen können.

Wir wundern uns auch einigermaßen über die vielen Dringlichkeitsanträge, die zur heutigen Sitzung eingebracht wurden. Warum in dieser Sitzung nur von uns auf das Recht, Initiativanträge einzubringen, zurückgegriffen wurde, ist uns eigentlich schleierhaft. Abgesehen davon ist angesichts der jetzt vorliegenden Dringlichkeitsanträge auch

nicht wirklich erkennbar, was daran so dringlich sein soll. Sie hätten doch, werte Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, diese jetzt als Dringlichkeitsanträge betitelten Anträge genauso gut schon eine Woche früher einbringen können, wo sie dann als normale Initiativanträge auf der Tagesordnung gestanden wären. Damit verbunden hätte man schon vorher in den Fraktionen darüber diskutieren können, wie mit den diversen Anträgen aus der jeweiligen Sicht umzugehen ist. Wenn, ja wenn sie schon auf die Idee gekommen wären, das früher einzubringen, wäre es möglich gewesen, sich schon im Vorfeld intensiver mit den Anträgen zu befassen. Den Abgabetermin übersehen zu haben, das ist unseres Erachtens jedenfalls keine Begründung für die Dringlichkeit einer bestimmten Angelegenheit. Die Geschäftsordnung besagt jedenfalls, dass die Dringlichkeit etwas anderes bedingt, nämlich dass sich sonst ein Nachteil für die Stadt Wels ergeben könnte.

Zu den jetzt vom Herrn Kollegen Rabl angesprochenen beiden Punkten möchte ich nichts weiter sagen, denn bei Behandlung der schon auf der Tagesordnung stehenden beiden Punkte werden wir ja hoffentlich noch entsprechende Argumente hören.

Wenn ich jetzt aber schon am Wort bin, möchte ich doch noch etwas zu den Dringlichkeitsanträgen vorbringen.

Zwischenruf GR. Dr. Csar: Sind wir jetzt bei der „Aktuellen Stunde“ oder bei den Dringlichkeitsanträgen!? Worum geht es jetzt?

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich komme gleich zu einem Ende, wollte es uns aber irgendwo ersparen, dass wir dann bei jedem einzelnen Antrag über die Zuerkennung der Dringlichkeit diskutieren müssen.

Wenn man sich ansieht, was heute behandelt wird, dann ist das einfach nur verwunderlich. Da kommt die ÖVP mit einem Parkraumkonzept daher, etwas, das wir schon einforderten. Ich finde, damit schießen sie von der ÖVP sowieso den Vogel ab, denn in der letzten Sitzung am 22. Februar haben sie noch gegen unseren Initiativantrag gestimmt, jetzt bringen sie aber dieses Thema als eigenen Antrag ein.

Zwischenrufe!

Bgm. Dr. Koits: Meine Damen und Herren! In der „Aktuellen Stunde“ war es eigentlich immer erlaubt, die Argumente etwas breiter anzulegen. Ich weiß nicht, ob man das unbedingt ändern möchte.

Sind sie schon fertig, Herr Kollege Teubl?

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich bin gleich fertig und möchte nur noch sagen, dass man Möglichkeiten, die einem die Geschäftsordnung bietet, nicht missbräuchlich nutzen sollte. In meinen Augen sind fast alle Dringlichkeitsanträge von heute mit Ausnahme dessen betreffend Schulsanierungen als missbräuchliche Verwendung solcher Möglichkeiten einzustufen. Genauso wird heute diese „Aktuelle Stunde“ missbräuchlich verwendet. Wenn ich nämlich sehe, dass ohnehin bereits Anträge zu bestimmten Themen auf der Tagesordnung stehen, kann ich doch genauso gut bei diesen Punkten diskutieren und brauche dem Ganzen nicht unbedingt einen weiteren Tagesordnungspunkt hinzufügen.



Bgm. Dr. Koits: Ich möchte ja die Wortwahl eines Mandatars nicht kritisieren – das erlaube ich mir eigentlich überhaupt nicht – aber andererseits sei es mir doch erlaubt, darauf hinzuweisen, dass man mit bestimmten Worten doch ziemlich vorsichtig umgehen sollte. Da war beispielsweise vom Missbrauch die Rede oder in einer bestimmten Sache von einer Einzigartigkeit des Vorgehens – auch andere Worte hat man schon gebraucht – und ich meine, das sind lauter Dinge, die einer Zusammenarbeit nicht so ganz zuträglich sind. Was ich jetzt sagte, gilt für alle Fraktionen!

GR. Hochhauser: Seitens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion darf ich mir erlauben, ebenfalls ein paar Gedanken einzubringen, nachdem hier dem Thema scheinbar ein etwas breiterer Raum geschenkt werden darf.

Ich denke mir, dass es weder diverser Dringlichkeitsanträge bedürfte noch gewisser Initiativanträge. Über die Notwendigkeit dieser Anträge könnte man meines Erachtens des Langen und Breiten diskutieren. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass auch diese heute vorliegenden Initiativanträge von ihrem Inhalt her nicht unbedingt notwendig erschienen.

Nun, was soll mit dem Schloss Pollheim geschehen? An dieser Stelle erinnere ich an den Realisierungsbeschluss für den Umbau und die Sanierung des Herminenhofes. Schon damals ging es darum, was künftig mit den frei werdenden Räumlichkeiten im Schloss Pollheim passieren würde und es wurde sehr deutlich die Absicht formuliert, dieses Gebäude verkaufen zu wollen, um auf diese Art eine gewisse Mitfinanzierung des ca. 15 Mio. Euro teuren Umbaus des Herminenhofes zu erreichen. Als ehemals zuständiger Liegenschaftsreferent finde ich somit, dass es nicht unbedingt die richtige Stelle ist, wenn über diese Angelegenheit im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ diskutiert wird, was natürlich niemanden daran hindert, sich über eine sinnvolle Nachnutzung des Gebäudes Gedanken zu machen.

Insgesamt glaube ich aber, dass der Verkauf und somit das Erzielen finanzieller Mittel ohnehin unabdingbar sein wird, um andererseits das Projekt Herminenhof ausfinanzieren zu können. Dies auch unter dem Licht, Herr Bürgermeister, unter das du zuerst deine Schilderungen bezüglich Mitfinanzierung diverser Projekte durch das Land Oberösterreich gestellt hast.

Der zweite Teil des Themas betraf die Verwertung der Grundstücke in Wimpassing, wo ja die Errichtung einer Sportstätte geplant war. Auch in dieser Richtung gab es schon mehrere Diskussionen im Gemeinderat. Vor allem denke ich an die zuletzt stattgefundene Budgetsitzung, in welcher wir sehr ausführlich über dieses Projekt bzw. über die Grundstücksverwertung diskutierten. Und es gab in der letzten Gemeinderatssitzung auch den Beschluss über eine groß angelegte Flächenumwidmung im Norden der Stadt. An dieser Stelle gab es auch einen Hinweis unserer Fraktion darauf, was mit dieser Grundfläche in Wimpassing passieren könnte. Und der zuständige Planungsreferent Lehner informierte bereits darüber, dass es eine sehr intensive Prüfung in der Richtung geben würde, in welchem Ausmaß Betriebsansiedlungen und die Errichtung von Wohnbauten möglich sein könnten. Man wird sehen, was diverse Messergebnisse zeitigen. Jedenfalls meine ich aber, dass damit ein sehr wichtiger Schritt gesetzt wird, um in unserer Stadt ein leistbares Wohnen für die Jungen oder für Ansiedlungswillige ganz generell gewährleisten zu können. Es geht hier letztlich auch um Anträge oder Initiativen, welche die SPÖ-Fraktion ebenfalls schon bei mehreren Sitzungen zur Diskussion stellte. Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass man im Referat des Kollegen

Lehner schon an diesen Planungen arbeitet. Und vermutlich wird diesbezüglich in einer nächsten Gemeinderatssitzung Bericht erstattet.

Soweit also etwas zu diesen beiden Themenbereichen aus der Sicht der SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

StR. Dr. Rabl: Eine kurze Replik zu diesen Ausführungen sei mir gestattet. Vorerst komme ich zum Kollegen Teubl.

Herr Kollege Teubl, wir haben eigentlich diesen Themenvorschlag bereits zur Gemeinderatssitzung am 22. Februar eingebracht, aber leider ist uns damals die ÖVP mit einem anderen Themenvorschlag zuvorgekommen. Jetzt also von einem Plagiat zu sprechen, das halte ich für mehr als unfair. Außerdem haben wir unseren neuerlichen Themenvorschlag für die „Aktuelle Stunde“ bereits Anfang März eingebracht, da heißt, wir konnten zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht wissen, ob auch jemand anderer einen Antrag in dieser Richtung einbringen würde.

Und wenn sie meinen, dass fast alle heute eingebrachten Dringlichkeitsanträge ohnehin nicht dringlich wären, kann ich nur sagen, dass sowieso für jeden Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zu begründen ist und zweitens stimmt ja ohnedies der ganze Gemeinderat darüber ab, ob tatsächlich eine Dringlichkeit gegeben ist. Somit kann ich ihre Kritik nicht wirklich ernst nehmen, insbesondere auch deshalb nicht, weil ja die Freiheitlichen in der letzten Funktionsperiode des Gemeinderates mehr als 100 Initiativanträge einbrachten, die Grünen aber nicht einmal 20. Wenn man diese Zahlen gegenüberstellt, weiß man schon irgendwo, wer was getan hat.

Zum Kollegen Lehner und zur ÖVP darf ich sagen, dass ich mich sehr über die Unterstützung der ÖVP für das freiheitliche Projekt „Bauland für Jungfamilien“ freue. Ich freue mich aber auch über die Zustimmung des Kollegen Hochhauser namens der SPÖ, weil es ja sonst kaum einmal eine derart breite Unterstützung für ein derartiges Projekt gibt. Und nachdem diese Unterstützung derart breit angelegt ist, kann ich mir nicht vorstellen, dass es sehr lange dauert, bis dieses Projekt tatsächlich zur Umsetzung gelangt. Wir hörten sogar, dass es bereits ein Lärmgutachten gibt. Es würde mich also freuen, könnten wir in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen tatsächlich solch ein Projekt beschließen.

Ich bedanke mich also für diese klaren Worte seitens der ÖVP- und der SPÖ-Fraktion, womit wir dieses Thema zumindest vorerst einmal abgehakt haben.

Bgm. Dr. Koits: Es gibt jetzt keine weitere Wortmeldung zu diesem Thema der „Aktuellen Stunde“ und ich würde darum ersuchen, dass wir jetzt einmal die zuständigen Referenten an diesen zwei Themenbereichen arbeiten lassen. Ich nehme an, sie werden zeitgerecht entsprechende Vorschläge an den Gemeinderat oder an die jeweils zuständigen Organe des Gemeinderates erstatten.

## Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits: Es ist eine Reihe von Anträgen zeitgerecht und mit den nötigen Unterschriften versehen bei mir eingelangt, das heißt, von dieser Warte her passt alles. Sie wissen aber natürlich, dass der Gemeinderat zuerst einmal zu entscheiden hat, ob den einzelnen Anträgen tatsächlich die Dringlichkeit zuerkannt wird und wenn ja, ist in weiterer Folge noch der Sachantrag selbst zu behandeln.

Ich bringe ihnen jetzt die Anträge entsprechend dem Zeitpunkt des Einlangens zur Kenntnis.

### Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Errichtung von öffentlichen Toiletten:

Der Bürgermeister verliert den als Anlage 3 beigefügten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

### Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Novelle der Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2001 hinsichtlich der Einführung einer gebührenfreien Mittagszeit:

Der Bürgermeister verliert den als Anlage 4 beigefügten Antrag.

#### Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Raggl-Mühlberger: Die Dringlichkeit begründet sich im Rückgang der Frequenz im Bereich der Innenstadt. Genau deshalb wäre es geboten, Anreize dafür zu schaffen, dass wieder mehr Kunden die Stadt Wels besuchen. Von der gebührenfreien Mittagszeit profitiert nicht nur der Handel, sondern auch die Gastronomie, die unter Umsatzrückgängen leidet, seit auch die Mittagszeit bei den Parkplätzen gebührenpflichtig ist. Wir haben derzeit eine sehr angespannte wirtschaftliche Situation und dies zwingt uns förmlich dazu, nicht längere Zeit an einem Konzept herumzuarbeiten, sondern vielmehr möglichst rasch zu handeln. Und hier steht eben die Wiedereinführung einer Gratis-Parkzeit zu Mittag an oberster Stelle.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wenn mich nicht alles täuscht, hatten wir exakt diesen Antrag bereits in der Gemeinderatssitzung vom 14.12. letzten Jahres und wir haben beschlossen, diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen. Das heißt also, dass dort über den Inhalt des Antrages zu beraten ist und möglicherweise wird diesem Ansinnen entsprochen.

Warum sie diesen Antrag immer wieder einbringen, ist uns eigentlich schleierhaft und so sind wir gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag. Ein Antrag kann

nicht dringlich sein, wenn praktisch ein gleichlautender Antrag ohnehin schon in Beratung ist.

Dem Antrag (Anlage 4) wird die Dringlichkeit mit

33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend vorläufige Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zum Programmkino:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 5 beigefügten Antrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Josseck-Herdt: Ja, wir Freiheitlichen waren voriges Jahr auch dabei, als es darum ging, den Antrag zur Errichtung des Programmkinos im Medien Kultur Haus abzusegnen. Aber die Zeiten haben sich geändert. Wir haben natürlich vom Prinzip her nichts dagegen, dass in Wels preisgekrönte wertvolle Filme gezeigt werden, obwohl man auf der anderen Seite sagen muss, dass es sich bei den Besuchern des Programmkinos nachgewiesenermaßen um ein kleines Völkchen von Cineasten handelt und je nach Attraktivität des Films vergrößert sich dann der Kreis an Interessenten ein bisschen. Sei's drum, wir sind sehr wohl dafür, dass es dieses Kulturangebot in Wels gibt. Genauso sind wir dafür, dass solch ein Kino eine Belebung für die Innenstadt darstellt. Diese Vorgaben erfüllt aber das Stadttheater Wels im Hotel Greif genauso.

Sie wollen natürlich mehr Zuschauer haben und zuletzt wurde seitens des Vereins sogar von 40.000 Besuchern jährlich gesprochen. Das Erreichen einer solchen Besucherzahl muss ich aber in hohem Maße bezweifeln. Zur Zeit haben wir etwa 10.000 Besucher an 130 Spielabenden pro Jahr.

Es sollen jedenfalls 1,8 Mio. Euro in solchen Zeiten gezahlt werden, um ein Programmkino einbauen zu können.

Bgm. Dr. Koits: Frau Kollegin! Wir sind jetzt bei der Begründung der Dringlichkeit des Antrages!

GR. Josseck-Herdt: Ja, ich weiß schon! Ich muss dies aber umso mehr betonen, als man hört, dass das Land nichts dazuzahlen will.

Ich finde es in Zeiten wie diesen unverantwortlich, so einen großen Investitionsbrocken anzugehen, wenn es beispielsweise auf der anderen Seite so ausschauen dürfte, dass es in den Schulen an vielen Dingen mangelt. Es sind sehr viele Dinge sanierungsbedürftig, geradezu existenziell sanierungsbedürftig. Und deshalb ist die Dringlichkeit für diesen Antrag gegeben, denn das Schulamt muss ja die Sanierungsarbeiten vorausplanen, wobei größere Maßnahmen nur in der Ferienzeit erledigt werden können.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das war jetzt aber sehr großzügig, Herr Bürgermeister!

Bgm. Dr. Koits: Ja, ich weiß, aber die Kollegin Herdt hat das sehr geschickt gemacht!  
Es gibt jetzt aber keine weitere Wortmeldung mehr.

Dem Antrag (Anlage 5) wird die Dringlichkeit mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Sanierung der Welser Volksschulen im Rahmen eines „Masterplanes“:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 6 beigefügten Antrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Dringlichkeitsantrag ist allein schon deshalb dringlich, weil er der einzige ist, von dem sogar der Herr Teubl meint, dass er dringlich sei. Insofern bin ich also zuversichtlich, dass diesmal auch die GRÜNEN der Zuerkennung der Dringlichkeit zustimmen werden.

Eines ist wohl ganz klar: Die Schulen befinden sich in einem schlechten Zustand und wir müssen rasch handeln, weil ja das Schuljahr schnell zu Ende sein wird und zum Zweiten schreitet die Realisierung des Programmkinos immer weiter voran. Wenn man schon Planungskosten für ein Projekt vertut, das nicht unbedingt erforderlich ist, so sollte man wenigstens insofern rasch handeln, damit das restliche Geld für die Schulen gesichert werden kann. Deshalb sagten wir uns eben, dass es unbedingt notwendig ist, jetzt diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen, bevor noch größere weitere Planungsschritte oder gar Baumaßnahmen beim Programmokino gesetzt werden. Daraus begründet sich eben die Dringlichkeit dieses Antrages.

Dem Antrag (Anlage 6) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erstellung eines Nutzungskonzeptes für die ehemalige Landesmusikschule im Schloss Pollheim:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 7 beigefügten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erstellung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 8 beigefügten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den öffentlichen Verkehr:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 9 beigefügten Antrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

StR. Kroiß: Bei diesem Antrag verspüre ich ein gewisses Kommunikationsproblem innerhalb der ÖVP. Wir haben nämlich genau über dieses Thema in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses gesprochen. Wir haben genau besprochen, wie wir weiter vorgehen wollen und das wurde auch seitens der ÖVP-Mitglieder so goutiert. Ich verstehe also diesen Dringlichkeitsantrag auch nicht, sehe aber die Sache nicht so wie die GRÜNEN, das heißt, ich sehe hier die Einbringung eines Antrages als Dringlichkeitsantrag nicht als Missbrauch der Möglichkeiten, sondern als leichtfertige Nutzung. Wir von der FPÖ werden jedenfalls der Zuerkennung der Dringlichkeit zustimmen.

GR. Dr. Csar: Wir sind sehr wohl der Meinung, dass diese Sache sehr dringlich ist und dass wir ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Verkehr erstellen müssen. Es ist ja schließlich gerade erst die Musikschule im Herminenhof neu eröffnet worden und es ist höchst an der Zeit, dass praktisch sofort Maßnahmen gesetzt werden. Eigentlich hätten wir erwartet, dass schon um einiges früher solch ein Konzept vorliegt, aber nachdem das nicht der Fall ist, müssen wir jetzt einen Dringlichkeitsantrag stellen.

Dem Antrag (Anlage 9) wird die Dringlichkeit

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Evaluierung des Schulsanierungskonzeptes II:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 10 beigefügten Antrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Reindl-Schwaighofer: Dass sich aufgrund dessen, dass die Beschlussfassung des Schulsanierungskonzeptes II schon fünf Jahre zurückliegt, die Notwendigkeit ergibt, dort und da Überprüfungen vorzunehmen und aufgrund des Ergebnisses gewisse An-

passungen des Konzeptes durchzuführen, das ist, so glaube ich, unbestritten. Und so ist es andererseits auch notwendig, diesen Beschluss heute zu fassen, um doch noch über ausreichend Vorlaufzeit zu verfügen. Ich wollte jetzt allerdings mit Absicht nicht das Wort „Evaluierung“ in den Mund nehmen, damit nicht der Stadtrat Rabl den Saal verlassen muss, weil ihm womöglich wegen der Verwendung dieses Wortes schlecht wird.

Dem Antrag (Anlage 10) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits: Abschließend zum ersten Teil der Behandlung dieser Dringlichkeitsanträge möchte ich sie ebenfalls einmal darum bitten – der Finanzreferent macht das schon mehrmals – bei der Einbringung von Dringlichkeitsanträgen auch gleich zu überlegen, wie denn die Bedeckung der verschiedenen Wünsche etc. aussehen könnte.

Somit übergebe ich zur Abwicklung unserer Tagesordnung den Vorsitz an Herr Vizebürgermeister Wimmer.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke, Herr Bürgermeister, für diesen doch nicht unbedeutenden Hinweis. Alles, was hier diskutiert bzw. beschlossen wird, bedarf natürlich auch einer Finanzierung.

Und bezüglich der Einrichtung des Programmkinos, liebe Frau Kollegin Josseck-Herdt – ich nehme ja nicht an, dass sie dabei geschlafen haben – möchte ich daran zurückerinnern, dass der Gemeinderat bereits eine Bedeckung der Maßnahmen zum Programm kino beschlossen hat, übrigens auch mit ihrer Stimme.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Austria Solar Innovation Center (ASIC), Wels, Roseggerstraße 12;  
Subventionsgewährung für weitere fünf Jahre  
FD-BetM-14-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 01.03.2010:

Die Stadt Wels erklärt sich bereit, für das Austria Solar Innovation Center (ASIC) über einen Zeitraum von 5 Jahren, beginnend ab dem Jahr 2010, unter Berücksichtigung der Entwicklung des ASIC – insbesondere der finanziellen Entwicklung – und der budgetären Möglichkeiten der Stadt Wels eine jährliche Subvention in Höhe von maximal € 52.380,- zu gewähren. Die Finanzierung durch die Stadt Wels wird unter der Bedingung gewährt, dass auch das Land OÖ eine entsprechende jährliche Subvention

gewährt. Die Auszahlung des Betrages durch die Stadt Wels erfolgt während des Jahres nach den finanziellen Erfordernissen des ASIC.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

2.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für das Haus Vogelweide-Laahen festgelegt werden (Tarifordnung Haus Vogelweide-Laahen 2010)  
SO-SenB-221300-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 09.03.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Tarifordnung für das Haus Vogelweide-Laahen (TO Haus Vogelweide-Laahen 2010) beschließen.

GR. Jossek-Herdt: Ich habe mir am Freitag, am Tag der offenen Tür, das neue Pflegeheim in der Vogelweide angesehen und war sehr beeindruckt vom Gebäude selbst, von der guten Energie, die dort herrscht und auch von der Philosophie, die ja besagt, dass die zu Pflegenden in kleineren Gruppen betreut werden sollen. Hier sehe ich also eine große Verbesserung gegenüber den alten Betreuungsmöglichkeiten.

Ich habe keine Frage zu den Tarifen selbst, denn diesbezüglich habe ich ja die Frau Magister Geck und ihre Mitarbeiterin schon gelöchert. Mir ist demnach alles klar.

Was mir allerdings nicht klar ist, betrifft Folgendes: Was passiert mit dem Haus Magazinstraße? Abgesehen davon, dass es sicher eine große Herausforderung darstellt, wenn jetzt die Bewohner des Hauses Magazinstraße in das Haus Vogelweide-Laahen übersiedelt werden, wobei ich mich schon im Vorfeld für die Erbringung dieser Leistung bedanken darf, ergibt sich tatsächlich die Frage, was nun mit dem Haus passiert, das in der Magazinstraße frei wird. Ich habe diesbezüglich schon in der Budgetsitzung nachgefragt, weil mir für eventuelle Maßnahmen kein Budgetansatz ersichtlich war und ich habe diesbezüglich auch im Ausschuss nachgefragt. Im Ausschuss wurde mir erklärt, dass es genauso Maßnahmen gibt, die kein Geld erfordern und somit gibt es auch keinen Budgetansatz. Diese Erklärung war für mich ein bisschen kryptisch und jetzt habe ich vor dem versammelten Gemeinderat die Gelegenheit, an dich, Frau Stadträtin, diese Frage neuerlich zu stellen. Ich möchte dich darum ersuchen, dass du vor dem versammelten Gemeinderat darlegst, was du damit vorhast, damit wir nicht wieder eine Ruine in der Stadt stehen haben und wir nicht wissen, was hiermit passieren soll.



StR. Huber: Liebe Frau Kollegin Josseck-Herdt! Ich wiederhole sehr gerne, was ich bereits im Sozialausschuss sagte.

Tatsache ist, dass wir am 10. April vom Haus Magazinstraße in das neue Haus in der Vogelweide übersiedeln und für das dann freie Heim in der Magazinstraße müssen wir dem Land Oberösterreich in weiterer Folge ein baureifes Projekt vorlegen. Wir müssen einen Bauträger festlegen, einen Architektenwettbewerb ausschreiben und letztlich mit einem baureifen Projekt zum Land Oberösterreich gehen. Und dort wird anschließend in Zusammenhang mit dem Fließen von Geldern aus der Sozialabteilung und aus der Wohnbauförderung darüber entschieden, wann wir den Bau in Angriff nehmen können.

Bereits im Juni vorigen Jahres, als es um die Weiterentwicklung der stationären Seniorenbetreuung in Wels ging – das war so eine Art von Grundsatzbeschluss – haben wir uns mit diesem Thema befasst und es war in diesem Programm festgeschrieben, dass das Haus Magazinstraße abgerissen werden soll. Nun, auch diese Abrissarbeiten müssen bei einem Projekt, das wir beim Land einreichen, dabei sein, weil ja auch dieser Abriss etwas kostet.

Bgm. Dr. Koits: Gestatten sie mir dazu ebenfalls ein Wort, nachdem ich ja früher einmal Sozialreferent war. Es war schon seinerzeit klar, dass dann, wenn ein anderes Haus neu gebaut wird, also das soeben schon bezugsreife Haus in der Vogelweide bzw. in Laahen, dass mit dem alten Heim in der Magazinstraße etwas geschehen muss. Und die Untersuchungen haben erbracht, dass dieses alte Heim nicht mehr für die Bewohnerinnen und Bewohner, die unserer Betreuung bedürfen, nutzbar ist, weil wir beispielsweise dort zu viele Mehrbettzimmer haben. Auch sonst gibt es diverse bauliche Probleme.

Und an dieser Stelle komme ich auf die Dringlichkeitsanträge zurück. Praktisch jeder Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit einem neuen Projekt, ohne dass damit auf Prioritäten Rücksicht genommen wird. Wenn es nach mir geht, steht zuerst das Thema Kinderbetreuung und auch das Thema Altenbetreuung. Das sind ganz speziell jene Themenbereiche, die uns in Zukunft am Herzen liegen müssen und wir als Fraktionen werden zu erklären haben, was uns letztendlich im Interesse der Gesellschaft besonders wichtig erscheint.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

3.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Entgelte für kostenpflichtige Einsatzleistungen und Beistellungen von Geräten der Feuerwehr (Feuerwehr-Tarifordnung 2010)  
SB-Fw-55-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 04.03.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Feuerwehr-Tarifordnung 2010 beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;  
Ankauf eines Rüstlöschfahrzeuges;  
Auftragsvergabe  
SB-Fw-15-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 04.03.2010:

Für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels wird bei der Firma Rosenbauer Österreich, 4060 Leonding, Paschinger Straße 90, ein Rüstlöschfahrzeug gemäß dem Angebot vom 19. Oktober 2007 zum Preis von € 448.000,- inkl. MWSt. angekauft.

Einstimmig angenommen.

5.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;  
Tätigkeitsbericht 2009  
SB-Fw-9-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 04.03.2010:

Der als Anlage 13 beigefügte Jahresbericht 2009 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2009 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Pernkopf: Im Namen der ÖVP-Wels darf ich vor allem der Feuerwehr der Stadt Wels, aber auch der Betriebsfeuerwehr Fritsch, der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP und der Betriebsfeuerwehr AVE den besonderen Dank aussprechen.

Wie wir den Tätigkeitsberichten entnehmen können, leistete die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels im Jahr 2009 insgesamt 2.361 Einsätze – nicht nur in Wels, sondern auch in den Nachbargemeinden – und sie ist damit als Großfeuerwehr zu bezeichnen. Gegenüber dem Jahr 2008 war ein gewisser Rückgang bei den Einsätzen vermerkbar, aber 166 Brandeinsätze, 869 technische Hilfeleistungen, 213 Befreiungen bzw. Rettungen von Menschen zeigen sehr wohl, welches Leistungspotenzial im Bereich der Feuerwehr gegeben ist. Oftmals haben es die Einsatzkräfte in unserer Stadt mit dramatischen Ereignissen zu tun, beispielsweise in Zusammenhang mit Unfällen, schweren Verletzungen oder auch Todesfällen; immerhin waren auch neun Todbergungen dabei.

Wie freuen uns, dass auf die von Feuerwehrkommandat Franz Humer kompetent geführte Mannschaft Verlass ist. „Schnell, professionell, freiwillig“, das ist das Motto der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels und es kann wirklich nicht oft genug hervorgehoben werden, was unter diesem Motto geleistet wird. Die Vorbildwirkung für die Jugend, die Schulung von Zivilpersonen – im Vorjahr haben an die 1.000 Personen an Brandschutzübungen teilgenommen – und auch die Öffentlichkeitsarbeit stellen unserer Meinung nach wichtige Bestandteile der Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels dar und sie sollen das auch in Zukunft bleiben.

Ein besonderer Dank gilt auch für die Schulung der Mitarbeiterinnen der Alten- und Pflegeheime in Wels.

Die Betriebsfeuerwehren Fritsch und EuroSTOP geben der Bevölkerung von Wels nicht nur durch ihre Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels ein gutes Sicherheitsgefühl. Dadurch kann in Großbetrieben schneller der oftmals entscheidende Erstangriff getätigt werden, egal ob es sich nun um Brandausbrüche oder technische Ereignisse handelt. Und damit können hohe Schäden, oft auch großes Leid verhindert werden.

Wir von der ÖVP Wels bedanken uns nochmals für diese ausgezeichneten Dienstleistungen, die in großem Maße auf freiwilligem Einsatz und großer Einsatzbereitschaft basieren, und zwar im Dienste der Allgemeinheit. Ein „Glück auf“ und alles Gute für die Zukunft!

GR. Mag. Humer: Ich möchte ebenfalls die Gelegenheit nutzen, um mich namens der SPÖ-Fraktion hier im Gemeinderat für die umfassende und wirklich professionelle Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels, aber auch der Betriebsfeuerwehren sehr herzlich zu bedanken.

Von Herrn Stadtrat Gerhard Kroiß wurde ja in seiner Berichterstattung inhaltlich schon sehr viel ausgeführt, mir ist es aber auch wesentlich zu sagen, dass die Feuerwehr heute ein überaus breites Spektrum an Einsatzmöglichkeiten vorfindet. Da gibt es beispielsweise den klassischen Wohnungsbrand, der vielleicht entsteht, wenn zu Weihnachten der Christbaum nicht ganz sachlich angezündet wird. Sieht man sich den Amtsbericht an, geht es etwa um technische Hilfeleistungen und hier gerade in Wels immer wieder um solche beim ÖBB-Terminal, wo es eben zu Störfällen in Bezug auf Gefahrgut oder sonst mit dem Transport zusammenhängend kommen kann. Für

solche Einsätze stellt ein großes Fachwissen die unbedingte Voraussetzung dar und speziell auch in diesem Zusammenhang ziehe ich meinen Hut vor euren Leistungen, lieber Franz Humer. Da braucht es enorm viel Wissen. Und vor allem seid ihr als erste vor Ort und müsst rasch die richtigen Entscheidungen treffen. Da ist es nicht möglich, zuerst einmal vielleicht zwei Stunden herumzudiskutieren, in irgendwelchen Büchern zu schmökern bzw. Fachliteratur zu studieren. Es wird also ein rasches Handeln vorausgesetzt und so benötigen die Einsatzkräfte, speziell die jeweiligen Kommandanten, auch gewisse Managerqualitäten. Das gilt natürlich auch für die Betriebsfeuerwehren.

So denke ich mir, dass unsere Welser Bevölkerung sehr froh in Bezug auf den hohen Ausbildungsstand unserer Einsatzkräfte sein kann; ich glaube, die Welserinnen und Welser können sehr ruhig schlafen. Auch zu den Feiertagen wie dem 24. Dezember – da hat es einen Wohnungsbrand gegeben – und am 31. Dezember wurde die Feuerwehr zum Einsatz geholt. Wir sind wie üblich am 31. Dezember mit Freunden zusammengesessen, aber ihr wart draußen vor Ort, um noch Schlimmeres zu verhindern, etwa bei diesem Gartenbau-Center, wo die Helfer der Feuerwehr stundenlang unermüdlich tätig waren. Dafür und für alles andere gilt es, wirklich sehr herzlich Dank zu sagen.

Du, lieber Franz Humer, hast einmal zu mir gesagt, dass ich nicht sagen darf, die Welser Freiwillige Feuerwehr ist die größte in Österreich, aber eines ist sicher: Wir haben in der siebtgrößten Stadt Österreichs eine äußerst professionelle, leistungsstarke und motivierte Feuerwehr. Und dafür möchte ich dich ersuchen, all deinen Feuerwehrkameraden unseren Dank zu überbringen. Sie haben sich diesen Dank mehr als verdient.

GR. Mag. Lehner: Die heutigen Beschlüsse in Zusammenhang mit den Feuerwehren in Wels geben Anlass, danke zu sagen, danke für die vielen Stunden des persönlichen Einsatzes der Frauen und Männer, die eben diese wichtigen Aufgaben erfüllen, nämlich zu bergen, zu schützen, zu helfen, zu helfen sowohl den Menschen als auch den Tieren.

Wenngleich unser Dank allen Welser Feuerwehren gilt, möchte ich mich heute ganz besonders bei den Männern von der Betriebsfeuerwehr Fritsch bedanken. Bei dieser Betriebsfeuerwehr Fritsch handelt es sich nämlich um eine echte freiwillige Institution, welche durch die Unterstützung der Wirtschaftspark Wels AG und durch den Einsatz freiwilliger Feuerwehrmänner existiert. Diese Institution wurde im Jahr 1900 als Betriebsfeuerwehr der Fritsch-Mühle gegründet und ist somit 110 Jahre Bestandteil des Welser Feuerwehrlebens. Und damit ist sie ein wichtiger Faktor bei der vielfachen Aufgabenbewältigung in unserer Stadt und eine wesentliche Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels. Der Personalstand der Fritsch-Feuerwehr beträgt derzeit 11 Mann und 10 Mann befinden sich in Reserve. Eine nicht geringe Anzahl von technischem Gerät wie Löschfahrzeug, Notstromaggregate, Tragkraftspritze usw. wird für die Aufgabenerfüllung ständig bereitgehalten.

Neben den normalen Einsatzzeiten ergeben sich notwendigerweise auch Zeitaufwände für die Aus- und Weiterbildung, für die Teilnahme an Vorträgen, für Betriebsbesichtigungen, Arbeitstagungen und Aktivitäten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes. Die insgesamt verursachten Kosten werden von privater Seite getragen, belasten also nicht den Welser Bürger und Steuerzahler. Lediglich ein Subventionsbeitrag in Höhe von 2.500 Euro pro Jahr belastet unseren Stadthaushalt. Mit diesem Betrag können

höchstens die Kosten für die notwendigen Treibstoffe abgedeckt werden, der Rest wird jedoch von freiwilligen Leistungsträgern beglichen.

Unser aller Dank ist daher den einzelnen Feuerwehrmännern sowie den privaten Leistungsträgern auszusprechen, und zwar in der Hoffnung, dass diese Institution der Betriebsfeuerwehr Fritsch noch lange bestehen kann.

StR. Kroiß: Ich möchte mich für die vielen positiven Wortmeldungen bedanken und dich, lieber Franz Humer, ersuchen, diese Dankesworte an die Kameraden weiterzugeben.

Bgm. Dr. Koits: Ich schließe mich natürlich diesem Dank an und möchte betonen, dass es bei unseren Feuerwehren in der Stadt Wels sehr auf das Wort „freiwillig“ ankommt und deshalb die erbrachten Leistungen umso anerkannter sind. Herzlichen Dank!

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

6.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;  
Tätigkeitsbericht 2009  
SB-Fw-10-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 04.03.2010:

Der als Anlage 14 beigefügte Jahresbericht 2009 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für die Leistungen im Jahre 2009 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Betriebsfeuerwehr EuroSTOP, Wels, Gunskirchener Straße 17 - 19;  
Tätigkeitsbericht 2009  
SB-Fw-11-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 04.03.2010:

Der als Anlage 15 beigefügte Jahresbericht 2009 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Betriebsfeuerwehr EuroSTOP wird für ihre Leistungen im Jahre 2009 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Betriebsfeuerwehr AVE, Wels, Mitterhoferstraße 100;  
Tätigkeitsbericht 2009  
SB-Fw-12-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 04.03.2010:

Der als Anlage 16 beigefügte Jahresbericht 2009 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr AVE wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Betriebsfeuerwehr AVE wird für ihre Leistungen im Jahre 2009 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 116) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 86)  
BZ-BauR-3514-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.03.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 17 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (116. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (86. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 117) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 87)  
BZ-BauR-3507-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.03.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 18 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (117. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (87. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 102) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 74)  
BZ-BauR-3501-2009, miterledigt:  
BZ-BauR-3510-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.03.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 19 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (102. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (74. Änderung) beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wie viele Welserinnen und Welser wahrscheinlich wissen, war dieses Grundstück dereinst eine Mülldeponie. Die Mülllagerung wurde mehr im nördlichen Grundstücksbereich durchgeführt und der südliche Bereich, um den es bei dieser Schule geht, war davon weit weniger betroffen bzw. gab es dort mehr vereinzelt Müllablagerungen. In letzter Zeit wurde dort aber nur mehr Bauschutt eingebracht. Deshalb wurde nach eingehender Prüfung durch das zuständige Bundesamt, wie uns im Ausschuss versichert wurde, diese Fläche nicht mehr als Verdachtsfläche eingestuft und letztlich eine Umwidmung möglich.

Wie wir dann bei Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes sehen werden, darf diese Fläche trotzdem erst bebaut werden, wenn umfangreiche Auflagen erfüllt werden. So darf es keinen Keller geben, auch nicht einen Swimmingpool bzw. sind all jene Dinge zu unterlassen, womit etwas tiefer in das Erdreich hineingegraben werden muss. Und so sind wir GRÜNEN der Meinung, dass solch eine Fläche ausgerechnet für die Errichtung einer Schule und eines Kindergartens nicht unbedingt als Idealfall zu betrachten ist. Wir werden uns deshalb jetzt und beim nächsten Tagesordnungspunkt der Stimme enthalten.

StR. Lehner: Es ist richtig, dass der spezielle Teil der Grundfläche keine Mülldeponie war, das heißt, es wurde dort Bauschutt deponiert. Und wie sie korrekterweise sagten, wurde dieses Grundstück sehr genau untersucht im Auftrag einer unabhängigen Behörde. Deshalb konnte dieses Grundstück in weiterer Folge von der Vermutung oder vom Verdacht befreit werden, dass es dort gefährliches Material geben würde. Und deshalb ist eben unserer Meinung nach – dieser Meinung hat sich auch der Ausschuss angeschlossen – eine Umwidmung dieser Grundstücke bedenkenlos möglich.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hoflehner und GR. Dipl.-Ing. Haydinger sind bei der Abstimmung zu Punkt 11. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 323/B.1  
(Stadtteil: Vogelweide)  
BZ-BauR-3708-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.03.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 20 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 323/B.1 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Der Antrag wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hoflehner und GR. Dipl.-Ing. Haydinger sind bei der Abstimmung zu Punkt 12. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

13.)

Tourismusverband Wels, Kaiser-Josef-Platz 22, Wels;  
Gewährung einer Globalförderung für touristische Maßnahmen und Projekte  
BZ-Pol-90004-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.03.2010:



Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels, Kaiser-Josef-Platz 22, 4600 Wels, für das Jahr 2010 eine Förderung für seitens des Förderungsgebers akzeptierte touristische Maßnahmen und Projekte in Höhe von € 167.000,-- zu Lasten der VA-Stelle 1.7710.757100.8.

Die Förderung ist in zwei Teilbeträgen à € 83.500,-- zur Auszahlung zu bringen, wobei der erste Teilbetrag nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 01.08.2010 zur Auszahlung zu bringen ist.

Entsprechende Nachweise für die widmungsgemäße Verwendung dieser Förderungsmittel sind durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2010 bis 01.05.2010 zu erbringen.

GR. Manfred Wiesinger: Grundsätzlich ist es natürlich wichtig, dass es den Tourismusverband gibt und es erscheint auch notwendig, ihn finanziell zu unterstützen. Ich sehe den Tourismusverband als eine Art Vernetzungsstelle unserer Tourismusbetriebe, aber auch als wichtige Organisation, wenn es darum geht, die restliche Wirtschaft zu unterstützen, welche am Tourismus ganz gut partizipiert.

Ich erlaube mir an dieser Stelle, auf zwei Punkte hinzuweisen, wo ich der Meinung bin, dass der Tourismusverband schon seit Jahren etwas verschlafen hat.

Das ist einerseits eine Anregung, die meiner Erinnerung nach der damalige Stadtrat Klinglhuber schon vor zehn Jahren einbrachte, die jedoch praktisch unerledigt blieb. Diese Anregung betraf die Abstellplätze für Caravan-Touristen. Ich hatte erst vor kurzem ein Gespräch mit tschechischen Geschäftspartnern. Dabei wurde mir bestätigt, schon in Wels gewesen zu sein, dass aber in Wels für einen Caravan keine Abstellmöglichkeit vorhanden war. Derjenige fuhr dann weiter nach Linz, wo es so etwas sehr wohl gibt. Er hat seinen ursprünglich geplanten Aufenthalt sogar um zwei Tage verlängert, weil es ihm dort so gut gefiel.

Man sollte also diese Sache nicht unterschätzen und sich darum bemühen, auch in Wels solch eine Abstellmöglichkeit einzurichten. Wir haben in Wels seit zwei oder drei Jahren sogar eine tolle Messeveranstaltung im Bereich des Caravanings, aber wenn sich beispielsweise jemand mit dem vorhandenen Caravan nach Wels begeben möchte, um sich hier nach dem Neuesten umzusehen, findet er hier keine Abstellmöglichkeit vor.

Und der zweite Punkt, von dem ich glaube, dass diesen unser Tourismusverband verschlafen hat, betrifft den seit vielen Jahren boomenden Radtourismus. Ich glaube, es wurde bisher zu wenig gemacht, um die Stadt Wels bei diversen Veranstaltungen zu platzieren. Ich meine, hier Aktivitäten zu starten, das wäre meines Erachtens eine gute Sache für unsere Tourismusbetriebe und für die Stadt Wels.

GR. Haböck: Ich möchte es kurz halten und sagen, dass die ÖVP diesem Antrag zustimmen wird. Wir alle wissen, dass man ein Produkt – wir diskutieren ja beispielsweise in den Ausschüssen darüber, wie man das Produkt „Stadt Wels“ attraktiveren kann – auch entsprechend bewerben muss, um damit Erfolg zu haben. Ich denke, dass beispielsweise die getroffenen Maßnahmen in Bezug auf den Weihnachtsmarkt sehr zielführend waren und es ist so, dass dieser Weihnachtsmarkt zusammen mit dem

Filmfestival ein touristisches Highlight darstellt. Es sind das beliebte Einrichtungen in Wels, aber die Werbemaßnahmen müssen weitergehen, um nicht nur die Welserinnen und Welser davon zu überzeugen, sondern auch Gäste von außerhalb. Deshalb sagen wir ja zu diesen Förderungsgeldern für den Tourismus bzw. für die Werbung.

StR. Lehner: Ich sage ein herzliches Dankeschön für die Beiträge, speziell auch an Manfred Wiesinger von der FPÖ-Fraktion. Morgen haben wir ja die konstituierende Sitzung der neuen Tourismuskommission und da freue ich mich in Bezug auf die Weiterentwicklung des Tourismus in Wels. Dieses Gremium ist dann auch das richtige, um konstruktiv für den Tourismus bzw. für den Fremdenverkehr in Wels zu wirken. Es sind dort alle Fraktionen dabei und somit können auch alle ihre Vorschläge für die Tourismusdestination Wels einbringen.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

14.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Nutzung der in Wimpassing angekauften Grundstücke  
DI-Verf-067-2010

GR. Prof. Mag. Teubl: Mit dem seligen Dahinscheiden des Stadionprojektes ergibt sich für die Stadt Wels eine interessante Situation. Wir haben in der letzten Sitzung des Gemeinderates die Anfrage gestellt, ob die dafür vorgesehenen Grundstücke bereits angekauft sind. Das wurde mittlerweile bejaht, das heißt, die Stadt hat diese Grundstücke schon in ihrem Besitz und kann sie einer anderweitigen Verwertung zuführen. Es ist somit möglich, je nachdem welcher Bedarf angemeldet wird, flächenplanmäßig die Dinge so zu regeln, dass Teile dieser Grundstücke in ein Betriebsbaugelände oder in ein Gebiet für Wohnbauten umgewandelt werden. Und in weiterer Folge kann man es einzelnen Projektanten überlassen, eine Verbauung vorzunehmen.

Wir GRÜNEN meinen jedoch, dass die Tatsache, dass auf diese Art und Weise ein größeres Areal in den Besitz der Stadt gelangte, dazu genutzt werden sollte, selbst die Initiative zu ergreifen und die Fläche für ein sinnvoll erscheinendes Gesamtprojekt zu nutzen, das sozusagen in einem geplant wird und das ein harmonisches Erscheinungsbild hat.

Als erster Schritt in dieser Richtung erscheint es uns aber notwendig, zunächst einmal durch ein fachmännisches Gutachten feststellen zu lassen, was wirklich die optimale Nutzung für diesen Standort wäre. Heute habe ich im Laufe dieser Gemeinderatsitzung bereits vernommen, dass anscheinend schon irgendwo beschlossen sein soll, wie mit diesen Grundstücken zu verfahren ist, wobei mir allerdings nicht bekannt ist, dass hierüber schon einmal im Gemeinderat konkret diskutiert wurde, dass vielleicht im Stadtsenat darüber gesprochen worden ist, aber vielleicht kann man jetzt im Laufe der Diskussion noch klären, wo diese angeblich durchgeführten Gespräche stattfanden und wo eventuell sogar diesbezüglich Beschlüsse schon gefasst wurden.

In unserem heutigen Antrag geht es zunächst darum, ein solches Gutachten zu genehmigen, welches die optimale Grundstücksnutzung feststellen soll, damit dann eben weitere Maßnahmen geplant werden können.

StR. Dr. Rabl: Meines Wissens nach, Herr Kollege Teubl, gibt es keinen Beschluss darüber, irgendwelche Experten mit der Erarbeitung von Vorschlägen zu betrauen. Es hat aber schon diesbezügliche Gespräche gegeben und es hat, wenn ich daran erinnern darf, die ÖVP im Wahlkampf gefordert – es gab davor auch schon eine Diskussion im Gemeinderat – hinsichtlich der Nutzung der Restgrundstücke Überlegungen anzustellen, also hinsichtlich der Nutzung für Betriebsansiedlungen und für Wohnbauten. Wir Freiheitlichen haben schon immer gesagt, was wir haben wollen, nämlich dass dort ein Bauland für die Ansiedlung junger Menschen entstehen sollte. Somit halten wir es auch nicht für sinnvoll, ein weiteres Nutzungskonzept zu erstellen. Ein Nutzungskonzept kann ja immer nur beinhalten, in welche Richtung eine Nutzung gehen sollte, aber wenn eine künftige Widmung eigentlich klar ist, braucht man doch kein neues Konzept.

Eines ist wohl ganz logisch: Die schonendste Widmung überhaupt für diese Fläche stellt eine Wohnbauwidmung dar. Und wenn ich schon neue Wohnbauten errichten möchte, brauche ich von vornherein kein Nutzungskonzept, denn die umliegenden Anrainer können ohnehin nicht beeinträchtigt werden, nämlich durch diese schonendste Widmung, die es überhaupt gibt.

Ich halte es nicht für sinnvoll, diese sehr schöne Fläche als Betriebsbaugebiet zu nutzen. Und wir wissen aus Lärmgutachten, die bereits von der seinerzeitigen Initiative gegen das Stadion initiiert wurden, dass der Lärm, der von der Autobahn herrührt, einer Nutzung als Wohnbaugebiet nicht entgegensteht. Es ist ja auch so, dass man mit einer entsprechenden Verbesserung der Lärmschutzmaßnahmen auch eine Verbesserung für ein eventuelles Wohngebiet erreichen kann.

Insgesamt glaube ich also nicht, dass es sinnvoll ist, zusätzlich ein Konzept anzufertigen. Aus unserer Sicht ist es doch klar, was wir haben wollen. Heute hörten wir schon, was sozusagen in einem großen Konsens mit diesen Flächen gemacht werden soll. Natürlich wird man sich in weiterer Folge überlegen und beispielsweise im Ausschuss darüber diskutieren müssen, wie man das Ganze einteilen könnte, welche Spielflächen oder Sportflächen mit zu berücksichtigen wären, aber dann wäre meiner Ansicht nach die Sache auch schon erledigt. Ein zusätzliches Konzept oder eine zusätzliche Nutzungsüberprüfung würde doch nur eine weitere Verzögerung in der Festlegung dieser Planung bedeuten. Deshalb sind wir gegen diesen Antrag.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich teile die Meinung von Herrn Gemeinderat Teubl, dass sich jetzt eine gute Gelegenheit dafür bietet, Überlegungen hinsichtlich der künftigen Nutzung dieses Gebietes nach der Nichtumsetzung des Sportstättenprojektes durchzuführen. Es stellt das eine hervorragende Möglichkeit dar, die Stadtentwicklung voranzutreiben. Wels ist weiterhin eine wachsende Stadt und ich denke mir, dass wir hinsichtlich der weiteren Entwicklung sehr wohl gute Überlegungen brauchen und meine, dass es an erster Stelle einen Wettbewerb der Ideen geben kann. Für's Erste möchte ich aber darauf hinweisen, dass der Bürgermeister an die Stadtplanung bereits den Auftrag erteilte, zu überlegen, was mit dieser Fläche passieren kann.

Gegen die Ausführungen von Herrn Stadtrat Rabl spricht, dass am Anfang nicht eine Art Verhüttelung der Fläche stehen kann. Es ist zwar eine interessante Möglichkeit, in einem Teilbereich Vorsorge für die Ansiedlung von Jungfamilien zu treffen, aber ich meine doch, dass man sich für das gesamte Areal eine sinnvolle Nutzung zu überlegen haben wird. Ich kann mir beispielsweise vorstellen, dass es in Zusammenhang mit einem Autobahnanschluss Betriebsansiedlungen in einem solchen Bereich gibt, ich kann mir vorstellen, dass es in einem Teilbereich einen verdichteten Flachbau mit gewisser Höhenbegrenzung gibt, ich kann mir vorstellen, dass es dort Reihenhausanlagen gibt, wo eben Jungfamilien einen geförderten Wohnraum bekommen und so gäbe es halt meines Erachtens viele Möglichkeiten. Aber einfach zu sagen, dass man eine bestimmte Verbauung haben möchte und deswegen alles andere zu vergessen sei – das sollen wir womöglich möglichst rasch so beschließen – das, finde ich, ist doch etwas zu kurzgeraten.

Vzbgm. Wimmer: Ich unterstütze diesen Antrag der GRÜNE-Fraktion deshalb, weil wir ja darüber hier im Gemeinderat schon diskutierten, nämlich schon vor über einem Jahr, als es um die Restnutzung der Flächen nach einem Sportstättenbau ging und vor einem Monat haben wir im Gemeinderat auch kurz über die Nutzungsmöglichkeiten diskutiert, genauso wie heute zu Beginn der Sitzung im Rahmen der „Aktuellen Stunde“. Herr Stadtrat Lehner hat heute mitgeteilt, dass in seinem Planungsreferat die Untersuchungen bereits angelaufen sind. Und so sehe ich eben diesen Antrag der GRÜNEN als Verstärkung dieser Bemühungen, die schon laufen.

Ganz persönlich glaube ich schon, dass es notwendig ist, ein Areal mit fast 150.000 Quadratmetern einer widmungsmäßigen Untersuchung zu unterziehen. Es erscheint mir zu wenig, einfach zu sagen, dies sei jetzt alles Wohngebiet oder Bauland. Würden wir das einfach so sagen, wäre doch die geplante Autobahnabfahrt, deren Errichtung wir gemeinsam mit dem Land Oberösterreich vorhaben, obsolet. Für eine Reihenhaussiedlung, wie sie jetzt zur Diskussion steht, werden wir sicher keine neue Autobahnabfahrt brauchen. Es könnte aber durchaus sein, dass so etwas bei dieser Untersuchung herauskäme. Und ich meine, genau deshalb bräuchten wir solch eine intensivere Untersuchung, um eben genau zu wissen, was in diesem Bereich alles möglich erscheint. Und so kann ich auch dem von Gemeinderat Reindl-Schwaighofer Gesagten einiges abgewinnen, nämlich dass es möglicherweise in Autobahnnähe doch vernünftiger ist, Betriebe anzusiedeln und nicht direkt an die Autobahn mit einer Wohnbebauung heranzugehen.

Die von Dr. Rabl angesprochenen Lärmschutzmessungen kenne ich persönlich nicht und ich würde ihn darum bitten, uns diese zur Verfügung zu stellen. Er hat ja medial mehrmals behauptet, dass es möglich wäre, eine Wohnbebauung direkt bis zur Autobahn heran zuzulassen und er hat damit, wie so oft, eigentlich nur warme Luft

verbreitet. Mir liegen diese Messergebnisse nicht vor und ich kenne auch niemand von den Mandataren, der über diese Ergebnisse verfügen würde. Somit ersuche ich ihn, diese Messergebnisse nicht bei sich zu belassen, sondern auch den übrigen Mitgliedern des Gemeinderates zur Verfügung zu stellen.

Und, lieber Walter Teubl, Verhandlungen oder Diskussionen – das gilt auch gleich für den Prozess bezüglich Schloss Pollheim – werden nicht von allen 36 Mitgliedern des Gemeinderates, auch nicht von allen 8 Mitgliedern des Stadtsenates geführt, sondern vom jeweils zuständigen Mitglied des Stadtsenates, wobei dann diese jeweiligen Mitglieder des Stadtsenates sowieso dazu verpflichtet sind, die entsprechenden Organe bzw. Gremien über die Ergebnisse zu informieren bzw. eventuelle Vorhaben mit entsprechenden Beschlussvorlagen zu versehen. Ohne diese Organe wird das Stadtsenatsmitglied nichts machen können, aber zur Führung von Gesprächen oder Verhandlungen sind jedenfalls die zuständigen Mitglieder des Stadtsenates berufen und nicht alle 36 Mitglieder des Gemeinderates. Abgesehen davon würde wohl angesichts der Diskussionsfreudigkeit des Gemeinderates, die ich an sich sehr wohl schätze, eine derart breit angelegte Diskussion, ohne dass eine konkrete Unterlage oder ein konkreter Vorschlag gegeben ist, kaum zu einem Ergebnis führen.

Wie ich aber schon sagte, unterstützen wir als SPÖ diesen Antrag der GRÜNEN, nämlich zur Stärkung der Position des Planungsreferenten bei seinen Bemühungen.

StR. Lehner: Ich fühle mich nicht genötigt, darf aber festhalten, dass wir das Projekt „Flächen-, kosten- und energiesparendes Bauen in der Stadt Wels“, das wir gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur, Wien, abarbeiten, im nächsten Ausschuss behandeln werden. Es wird auch wichtig sein, im Wege der Fraktionen zu schauen, wo es im Rahmen dieses Projektes noch Möglichkeiten gäbe, Verbesserungen herbeizuführen, etwa in der Projektziel-Definition. Dazu sind alle Fraktionen eingeladen.

Ich habe diesbezüglich schon ein Gespräch mit Andreas Rabl geführt. Diese Sache betrifft ja auch den Wohnbau und es erscheint wichtig, dass er als Wohnbaustadtrat von Anfang an miteingebunden ist. Es erscheint meines Erachtens wichtig, sowohl für das Wohnen als auch für das Gewerbe eine optimale Flächennutzung zu erreichen. Ich glaube, dass uns das mit einer sehr seriösen Studie über die BOKU gelingen wird.

Ich sehe den Antrag der GRÜNEN auch so, dass ich damit eine Unterstützung bekommen soll und dass an einem Strang gezogen wird, wenn wir diesen Projekt Wimpassing vorantreiben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass offensichtlich schon Maßnahmen in diese Richtung angedacht sind und zumindest magistratsintern schon an einer Studie hinsichtlich der künftigen Verbauung dieses Areals gearbeitet wird. Sollten jedoch die Möglichkeiten unserer Planungsabteilung überschritten werden, würde ich doch dazu raten, externe Berater hinzuzuziehen.

Jedenfalls geht es aber mit Sicherheit nicht darum, lieber Hermann Wimmer, dass wir Politiker hier herinnen gleich vorweg irgendwelche Maßnahmen setzen sollen. Ganz im Gegenteil glaube ich ebenfalls, dass Experten darüber befinden sollen, was ihrer Meinung nach die optimale Nutzung wäre, wobei uns Politikern letztlich niemand die Entscheidung abnimmt. Uns geht es jedenfalls darum, dass es zu einem Projekt

kommen soll, das aus einem Guss gefertigt ist. Eine Verbauung Stück für Stück, ohne dass diese ein Gesicht hätte, wäre unserer Meinung nach nicht sinnvoll.

Bgm. Dr. Koits: Ich halte die Mitwirkung der Universität für Bodenkultur für äußerst wichtig, denn damit gewinnt meines Erachtens das qualitative Bauen in Wels eine weitere Steigerung. Man hörte auch schon aus den Ausführungen der Kollegen Lehner und Wimmer, was damit bezweckt ist. Es geht also nicht einfach darum, ob man dort Wohnungen errichten kann, sondern es geht vielmehr um ein qualifiziertes Bauen. Da geht es also auch um den Umweltschutz, das Energiesparen etc., etc. Dieser ganze Bereich stellt sich also viel größer dar, als das gemeiniglich heute diskutiert wurde.

Der Initiativantrag (Anlage 21) wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

15.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Nachnutzung von Schloss Pollheim (Geschäftsstelle der Volkshochschule)  
DI-Verf-068-2010

GR. Prof. Mag. Teubl: Die meisten von ihnen waren bei der Eröffnung des Dreiklang-Herminenhofes selbst anwesend. Mehrfach wurde dort darauf hingewiesen, dass die neue Bezeichnung auf die Dreifaltigkeit von Landesmusikschule, Stadtbücherei und Stadtarchiv hinweisen soll. Das sind also drei Einrichtungen, die dort ihre neue Heimstätte fanden. Kein einziges Mal hingegen wurde erwähnt, dass nun auch die Volkshochschule der Stadt Wels ihre Hauptstelle im Herminenhof-Komplex hat. Das ist aber meines Erachtens nicht weiter verwunderlich, denn die Volkshochschule spielt – so habe ich zumindest den Eindruck – in den Überlegungen der Stadt Wels seit jeher keine allzu große Bedeutung. Das ist auch weiterhin so. Während beispielsweise die Musikschule, wie wir uns überzeugen konnten, im Herminenhof in eher luxuriösen Räumlichkeiten untergebracht ist, wurde die VHS der Stadt Wels mit ihrer Hauptstelle in einem kleinen Zimmerchen dieses Komplexes geradezu versteckt. Im Vergleich zu den alten Räumlichkeiten am Stadtplatz sind diese nun eher kleiner und außerdem schlechter erreichbar.

Vor allem ist es so – das ist meines Erachtens der große Schwachpunkt dieser Unterbringung im Herminenhof – dass am neuen Standort keinerlei Unterrichtsräume vorgesehen sind. Die Hörerinnen und Hörer der Volkshochschule der Stadt Wels – das sind zum Großteil Menschen, die nach einem anstrengenden Arbeitstag am Abend noch Zeit für die Weiterbildung aufbringen – müssen in sehr vielen Fällen auf den eher doch ungemütlichen Sesseln in Klassenzimmern der Welser Pflichtschulen Platz nehmen, was meines Erachtens mit ein Grund dafür ist, dass die Zahl an Hörerinnen und Hörern in der Volkshochschule der Stadt Wels im Abnehmen begriffen ist.

Lebenslanges Lernen wird von allen eingefordert, es kann dieses aber nur funktionieren, wenn den Interessentinnen und Interessenten optimale Bedingungen geboten werden. Wenn wir etwas über die Stadtgrenzen hinaussehen, etwa in das zugegebenermaßen doch um einiges größere Linz, so haben wir dort die Neuerrichtung einer neuen Heimstätte für die Volkshochschule erlebt, die ihresgleichen sucht, nämlich den sogenannten Wissensturm. In diesem Turm beansprucht die Volkshochschule eine nicht gerade unerhebliche Fläche. Dass sich die Stadt Wels solch ein Bauwerk nicht leisten kann, das ist mir völlig klar, aber der Auszug der Musikschule aus dem Schloss Pollheim wäre unseres Erachtens eine großartige Gelegenheit, für die Volkshochschule der Stadt Wels eine Heimstatt zu schaffen, indem man die Hauptstelle und einen Teil der notwendigen Kursräume dort unterbringt. Das Schloss Pollheim war bislang Musikschule, das heißt, die dort jetzt vorhandene Infrastruktur würde sich auf sehr einfache Art und Weise adaptieren lassen, um dem Kursbetrieb der Volkshochschule Platz machen zu können.

Daher stellen wir also den Antrag, dass in den früheren Räumlichkeiten der Musikschule im Schloss Pollheim eine zentrale Geschäftsstelle der Volkshochschule der Stadt Wels samt Kursräumen Einzug halten soll, um das Angebot dieser wichtigen Erwachsenenbildungseinrichtung der Stadt Wels vergrößern und attraktivieren zu können. Ich bitte sie um Zustimmung für unseren Antrag.

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Auf den ersten Blick mag ja die Idee, die Volkshochschule der Stadt Wels in den Räumlichkeiten von Schloss Pollheim unterzubringen, recht gut klingen, nur, wer diese Räumlichkeiten besser kennt, wird wissen, dass diese hierfür völlig ungeeignet sind. Auch Herr Direktor Schwarzmaier von der Volkshochschule hat uns bestätigt, dass eine Nutzung der Räumlichkeiten im Schloss Pollheim für ihn nicht in Frage kommt. Im ganzen Schloss gibt es keinen einzigen Raum, der für die Abhaltung von Kursen verwendbar wäre. Eine Adaption dieser Räumlichkeiten für Volkshochschulzwecke wäre nur bei extremem Kostenaufwand möglich. Wir Freiheitliche werden daher diesem Antrag nicht zustimmen.

In Zusammenhang mit der Verwendung der Räumlichkeiten von Schloss Pollheim möchte ich aber noch auf etwas anderes hinweisen. Anders als für die GRÜNEN, die das jetzt mit ihrem Antrag kundgetan haben, stellt sich für uns die Frage der Weiterverwendung dieser Räumlichkeiten im Schloss Pollheim nicht erst seit der Übersiedlung der Musikschule in den Herminenhof. Bereits im Jahr 2003, also vor sieben Jahren wurde beschlossen, die Musikschule in den Herminenhof zu verlegen. Den genauen Termin für eine Übersiedlung kennen wir bereits seit einem Jahr und die feierliche Eröffnung des Herminenhofes ist auch schon mehr als vier Wochen her. Wir Freiheitliche haben schon vor etwa einem Jahr Ideen für eine Verwertung oder Weiterverwendung der Räumlichkeiten im Schloss Pollheim eingebracht, die GRÜNEN und die ÖVP haben heute diesbezüglich Ideen eingebracht. Es hat sich aber auch schon die Welser Bevölkerung Gedanken hierüber gemacht und wundert sich über das nun leerstehende Gebäude. Die Einzigen, die in den letzten sechs Jahren untätig waren, das sind die Welser Sozialdemokraten, allen voran der hierfür zuständige Stadtrat Hermann Wimmer.

Bei einer Fläche von 1.600 Quadratmetern im Schloss Pollheim fallen schätzungsweise jährlich 40.000 bis 50.000 Euro rein an Betriebskosten an und von den Zinsen, die wir im Fall eines Verkaufs lukrieren könnten, gar nicht zu sprechen. Und welche Kosten anfallen werden, wenn das Gebäude noch länger leersteht, daran möchte ich jetzt gar nicht denken. An allen Ecken und Enden müssen wir sparen und letzte Woche haben

sie, Herr Wimmer, auch noch eine 25-prozentige Ausgabensperre verhängt. Sportvereine beklagen sich bei uns über desaströse Zustände auf den Sportstätten, aber hier wird aufgrund der Untätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes Geld beim Fenster hinausgeworfen. Wir Freiheitliche fordern, endlich die Veräußerung dieser Immobilie voranzutreiben und damit die Refinanzierung des Herminenhofes zu ermöglichen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Was sie zuletzt sagten, nämlich dass das Schloss Pollheim veräußert werden soll, ist bereits Grundlage des seinerzeitigen Grundsatzbeschlusses gewesen.

Ich teile ihre Einschätzung, dass die Räumlichkeiten im Schloss Pollheim, so wie sie sich darstellen, für die Volkshochschule kaum verwendbar sind.

Es ist so, dass in diversen Innenstadt-Schulgebäuden – im Polytechnischen Lehrgang, in der Rainerstraße, in der HAK – Kurse der Volkshochschule stattfinden und stark nachgefragt bzw. besucht werden. Ich habe bisher nicht gewusst, dass es eine besondere Kritik daran geben würde, dass in diesen Schulgebäuden Kurse stattfinden. Vielmehr ist es eine relativ übliche Angelegenheit im Bereich der Erwachsenenbildung, bei starkem Raumbedarf in die Schulgebäude auszuweichen und in Wels ist ja eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Schulerhalter und den Erwachsenenbildungseinrichtungen gegeben.

Was aber meiner Ansicht nach dem Fass den Boden ausschlägt, ist Folgendes. Wir sind jetzt seit vier Wochen mit der Volkshochschule ausgesiedelt und sie sehen jetzt schon Gefahr in Verzug, das heißt, es würde bereits alles zusammenbrechen, es würde Geld in den Sand gesetzt und so weiter und so fort. Wenn ihnen schon keine anderen Argumentationen einfallen, dann sollten sie solche Argumentationen jedenfalls nicht äußern. Lassen sie sich bitte etwas Gescheiteres einfallen!

Vzbgm. Dr. Wieser: Herr Magister Teubl hat sich heute auf die Volkshochschule gestürzt, aber ich glaube, er ist in seinen Ausführungen nicht nachvollziehbar. So lässt er in Zusammenhang mit seinem Wunsch, in das Schloss Pollheim mit der Hauptstelle der Volkshochschule und mit diversen Kursräumen zu übersiedeln, außer Acht, dass wir ja ohnehin drei Hauptstandorte der Volkshochschule in Wels haben, nämlich in der Pernau – da gibt es eine schöne Anlage – in der Gartenstadt und in der Noitzmühle. Überall sind sogar Gymnastikräume vorhanden. Also, allein mit diesen Standorten ist doch die Welser Volkshochschule sehr gut ausgestattet und ich meine andererseits, dass im Schloss Pollheim in keiner Weise ein befriedigendes Raumangebot zur Verfügung stünde.

Was nun die Zentrale betrifft, die bisher am Stadtplatz gelegen war, wissen wir, dass sie am Stadtplatz, wenn sie sich unter Tags anmelden wollen, wahrscheinlich weit und breit keinen Parkplatz vorfinden, während auf der anderen Seite die Erreichbarkeit der Zentrale im Herminenhof mit großzügigen Parkplätzen den ganzen Tag über weit besser ist, nämlich sowohl von der Menge als auch von der Qualität her. Sie mögen es mit ihrem Vorschlag zwar gut gemeint haben, überlegen sie sich aber bitte doch einmal genauer die Vorteile des derzeit geltenden Systems und vielleicht kommen sie dann auch zur Ansicht, dass es im Herminenhof doch besser ist.

GR. Markus Wiesinger: Auch die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Volkshochschule in der ehemaligen Landesmusikschule nicht optimal untergebracht wäre.



Wie wir alle wissen, steht dieses Objekt unter Denkmalschutz, das heißt, es gibt bauliche Einschränkungen, um nicht unbedingt von Bausünden sprechen zu müssen. Es wäre also bestimmt sehr schwer und würde viel Geld kosten, im Schloss Pollheim irgendwelche Adaptierungsarbeiten durchzuführen.

Damit begründet sich auch unser Dringlichkeitsantrag, den wir heute noch in der Sache selbst behandeln werden und bei dem es um eine möglichst optimale Lösung in Hinblick auf die Nachnutzung der ehemaligen Räumlichkeiten der Landesmusikschule im Schloss Pollheim geht. Wenn ich mir jetzt die Wortmeldungen aller Fraktionen anhörte, bin ich überzeugt, dass unser Antrag eine Mehrheit bekommt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Herr Dr. Wieser! Zur Erreichbarkeit des Herminenhofes könnte man sicher noch mehr sagen. Vor allem für Menschen, die nicht mit dem Auto anreisen, sondern mit dem öffentlichen Linienbus, gibt es nach wie vor eine offene Baustelle.

Auch wenn jetzt das Schloss Pollheim nicht als ideale Stätte für Kursräume der Volkshochschule in Betracht gezogen wird, sollte man dieses Thema weiter im Auge behalten, da es sicher notwendig ist, an der Attraktivierung des Angebotes der Volkshochschule der Stadt Wels weiter zu arbeiten.

Ich sehe, dass unser Antrag keine Mehrheit finden wird, aber andererseits sehe ich doch schon mit einigem Schrecken dem Tag entgegen, an dem die Nachnutzung von Schloss Pollheim tatsächlich klar wird. Ich kann mir schon vorstellen, was dort kommt, nämlich ein Umbau im Sinne privater Interessenten. So wie es anderweitig schon passierte, wird wahrscheinlich mit einer Dachterrassenwohnung weiterhin an der Verschandelung dieses wertvollen Objektes gearbeitet. Ich hoffe aber, dass doch noch im Planungsausschuss darüber gesprochen wird, was wirklich mit dem schönen Schloss Pollheim geschehen soll. Auch wenn die Volkshochschule dort nicht einzieht, halte ich dennoch einen Verkauf an einen privaten Interessenten nicht für das Nonplusultra.

Der Initiativantrag (Anlage 22) wird bei

3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
gegen 30 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Buttinger, GR. Hochhauser, GR. Baumgartner sind bei der Abstimmung zu Punkt 15. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Errichtung von öffentlichen Toiletten:

Debatte zum Sachantrag:

GR. Zaunmüller: Ich finde ganz sicher, dass alle, die hier herinnen sitzen, ein gemeinsames Ziel haben, nämlich jenes, die Stadt Wels in Zukunft schöner zu machen, insgesamt attraktiver zu machen. Vielleicht können wir irgendwann sogar an die früheren goldenen Zeiten anschließen, in welchen „Wels, die Einkaufsstadt“ eine blühende Stadt war.

Wir haben es schon zuvor in Zusammenhang mit der Agenda 21 gehört, dass wir in Wels nicht nur gebührend geeignete Einkaufsmöglichkeiten, entsprechende Park- und Geschäftsflächen benötigen, sondern auch andere wichtige Dinge wie ein Service- und Dienstleistungsangebot. Wir sollten uns deshalb auch ein wenig den stillen Themen der Stadt widmen oder, wenn sie so wollen, den „stillen Örtchen“ der Stadt Wels.

Wo geht man denn hin, wenn man wo hingehen muss? Der Status quo ist jener, dass wir eine durchaus interessante und gute WC-Anlage in der Nähe der Stadtpfarrkirche haben, eine meiner Meinung nach allerdings etwas unattraktive Anlage am Kaiser-Josef-Platz, nämlich bei der Bus- Drehscheibe und eine eher unbekannte Anlage im Rathaus, die mit einer Wickelmöglichkeit verbunden ist. Also, wohin, wenn das nicht ausreicht. Man kann sich vielleicht noch ins Kellergeschoß des Cafes Urbann hineinschmuggeln oder sich überhaupt irgendwo einen Kaffee oder ein Cola kaufen, um eben ein gewisses Örtchen zu nutzen.

Nehmen wir uns doch ein Beispiel an den Einkaufszentren. Denken sie an die SCW oder, noch viel besser – der eine oder andere wird es kennen – an das Passage-Kaufhaus in Linz an der Landstraße. Dort finden wir WC-Anlagen, die ein besonderes Erlebnis darstellen.

Meine Damen und Herren! Ich darf bei der Innenstadtagenda mitarbeiten und seien sie versichert, dass ich dieses Thema auch in diese Projektgruppe hineinragen werde.

Wenn ich zuerst von den Anlagen in der SCW oder im Linzer Passage-Kaufhaus gesprochen habe, dann finde ich, dass das Einrichtungen sind, die man sich durchaus auf die Visitenkarte schreiben kann. Die Welser öffentlichen WC-Anlagen möchte ich nicht auf meiner Visitenkarte stehen haben.

Dabei spreche ich noch gar nicht von den europäischen Hauptstädten wie Wien, Stockholm oder Kopenhagen, wo wir direkt fantastische Anlagen vorfinden. Bei uns gibt es aber beispielsweise an der Traun überhaupt nichts Derartiges. Ein Spaziergänger, ein Läufer, ein Radfahrer, Mütter mit Kindern, Senioren, die entlang der Traun spazieren gehen, finden dort keinerlei solche Einrichtungen vor. Ich würde demnach an sie alle appellieren, sich zu überlegen, dort eine WC-Anlage zu etablieren. Wir brauchen auch eine ordentliche Anlage im Bereich des Kaiser-Josef-Platzes und natürlich ebenso am Stadtplatz.

Und wenn heute schon sehr oft über die Dringlichkeit gesprochen wurde, darf ich noch eines anmerken. Herr Professor Teubl, wenn's pressiert, dann ist es halt dringend!

GR. Jossek-Herdt zur Geschäftsordnung: Ich würde ihnen ja am liebsten stundenlang zuhören, was ich ihnen aber eh schon lange einmal sagte, weil sie so eine schöne haben.

Insgesamt lässt sich dieses Thema sicher nicht schnell abhandeln und deshalb empfehle ich die Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages an den zuständigen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Josseck-Herdt auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Wenn hier eine Zuweisung an den zuständigen Ausschuss erfolgte, dann darf ich erläuternd festhalten, dass es sich dabei um den Planungsausschuss handelt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Novelle der Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2001 hinsichtlich der Einführung einer gebührenfreien Mittagszeit:

Debatte zum Sachantrag:

GR. Raggl-Mühlberger: Die Chance auf Einführung der Gratismittagszeit bei den Parkgebühren in der Zeit von 12.00 bis 13.30 Uhr und damit für die Kunden einen Impuls zu geben, wieder nach Wels zu kommen, haben wir eigentlich im ersten Halbjahr 2010 schon vertan. Umso wichtiger ist es aber, rasch die Weichen zu stellen, um doch wieder mehr Kunden nach Wels zu bringen. Die Dringlichkeit dieses Antrages ist dadurch gegeben, dass bei einer Fortsetzung der zur Zeit herrschenden unklaren Verhältnisse zu erwarten ist, dass uns für die Zukunft weitere Kunden verloren gehen. Bereits jetzt ist ersichtlich, dass durch die Aufhebung der freien Mittagszeit die Frequenz rückläufig ist. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie diesen müssen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um Kunden in die Stadt zu bringen.

Im Sinne der Kundenfreundlichkeit hat sich die Kaufmannschaft dazu entschlossen, die Gültigkeit der Parkmünzen von 20 Minuten auf 30 Minuten zu erhöhen und damit den Kunden bei Einwurf von zwei Parkmünzen eine ganze Gratisstunde für's Parken zu ermöglichen. Es soll nicht immer nur die Stadt Wels sämtliche Kosten tragen, das heißt, die Kaufmannschaft ist dazu bereit, die für die Verlängerung der Gültigkeit der Gratisparkmünzen anfallenden Mehrkosten zu tragen. Es wäre höchst an der Zeit, würde Wels wieder einmal positiv in die Schlagzeilen kommen und dieses kundenfreundliche Konzept möge dazu beitragen.

GR. Hochhauser zur Geschäftsordnung: Aufgrund der Bedeutung dieses Dringlichkeitsantrages, der Tragweite und auch der finanziellen Bedeutung desselben denke ich mir, dass dieser Dringlichkeitsantrag dem Finanzausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen werden sollte. Ich stelle damit diesen Geschäftsordnungsantrag.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Hochhauser auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 4) an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 9 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer, GR. Buttinger, GR. Hoflehner, GR. Kirchmayr, GR. Wildfellner (alle SPÖ) sowie GR. Baumgartner und GR. Dipl.-Ing. Haydinger (beide FPÖ) sind bei der Abstimmung zu o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend vorläufige Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zum Programmkino:

Debatte zum Sachantrag:

GR. Josseck-Herdt: Ich habe mir schon zuvor das Recht herausgenommen, meine Meinung zu äußern.

Bgm. Dr. Koits: Das darf ein Gemeinderatsmitglied immer!

GR. Josseck-Herdt: Danke! Es geht hier um 1,8 Mio. Euro, die in die Hand genommen werden, um dieses Programmkino zu errichten. Wir sind der Meinung, dass wir in Zeiten, in denen wir die Dimension der finanziellen Probleme noch gar nicht überschauen können, so weit sein müssten zu sagen, dass wir das Programmkino aufschieben, etwa auf ein paar Jahre. Wir finden jetzt vernünftigerweise ohnehin noch das Auslangen im Stadttheater Wels und geben nun eben das zumindest vorerst eingesparte Geld für dringend notwendige Sanierungen im Bereich der Schulen aus.

Die dramatische Rede des Herrn Finanzreferenten anlässlich der Budgetdebatte habe ich noch in den Ohren. Ich habe nur das Gefühl, dass er selbst, nämlich Herr Vizebürgermeister Wimmer, wichtige Teile seiner Rede schon vergessen hat. Ansonsten kann ich es mir nämlich nicht vorstellen, warum er einen Angriff auf Herrn Dr. Rabl startete, welcher diesen Aufschub hinsichtlich des Programmkinos schon medial erhob. Der Herr Vizebürgermeister ist gerade nicht im Saal herinnen, ich darf aber trotzdem sagen, was er dazu im Fernsehen aussagte. Es hieß, Rabl sei ob dieser Forderung, also das eine zurückzustellen und dafür die Sanierungen in den Schulen voranzutreiben, einer, der für Stillstand und Zerstörung steht. Also, das muss man sich direkt auf der Zunge zergehen lassen. Nur weil wir Vernunft zeigen, wird gleich von Stillstand und Zerstörung gesprochen. Ich glaube eher, dass Wimmer für Zerstörung steht, denn er macht immer erst dann Geld locker, wenn ein bestimmtes Gebäude schon dem Verfall preisgegeben ist. Wir haben es beispielsweise als FPÖ nicht geschafft, die Aussegnungshalle beim Friedhof noch in unserer Verantwortlichkeit einigermaßen renovieren und sanieren zu lassen. Der Herr Vizebürgermeister Wimmer hat dafür nie Geld hergegeben und genauso war es bezüglich Sanierung der Friedhofmauer.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte daran erinnern, dass wir jetzt eigentlich beim Programmkino sind!

GR. Josseck-Herdt: Ja, und ich bin beim Herrn Vizebürgermeister Wimmer!

Bgm. Dr. Koits: Der ist aber momentan nicht herinnen!

GR. Josseck-Herdt: Das ist mir egal! Jedenfalls sei festgestellt, dass nicht wir für Stillstand und Zerstörung sind.

Mich erinnert der ganze Vorgang an eine Familie, die kein Geld hat, die aber trotzdem einen neuen Fernseher kauft, obwohl der alte noch funktioniert; dafür funktioniert aber beispielsweise die Heizung nicht mehr und die Fenster sind undicht, sodass wertvolle Energie entweicht.

Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass wir bezüglich Programmkinos ohne Qualitätsverlust nach wie vor mit dem Stadttheater Wels auskommen, auch mit dem Angebot an Spielabenden. Und dass andererseits mit den Schulen etwas passieren muss, das zeigt ja auch der heute vorliegende Antrag der SPÖ.

Vzbgm. Eisenrauch: Wir haben für heuer laut Budget 337.000 Euro für die Weiterplanung des Programmkinos beschlossen, wobei wir diesen Beschluss erst vor einem Monat gefasst haben. Und die Darstellung, dass das Programmkinos weiter im Stadttheater Greif bleiben kann, ist eine falsche. Es ist dort ja nur ein eingeschränkter Spielbetrieb möglich, weil wegen diverser Aktivitäten das Theater zur Nutzung für den Kinobetrieb viele Monate ausfällt. Auf diese Art entgehen dem Programmkinos viele Spieltage. In der Vergangenheit waren pro Jahr durchschnittlich 10.000 Besucher im Programmkinos anwesend und kann das Programmkinos im Medien Kultur Haus errichtet werden, dann lässt sich diese Besucherzahl höchstwahrscheinlich verdoppeln, das heißt, nach Fertigstellung werden wir etwa 20.000 Besucher jährlich haben.

Der Herr Bürgermeister und ich waren beim Herrn Landeshauptmann und haben wegen der Finanzierung des Programmkinos vorgeschlagen. Ich denke, dass derzeit, wo kein negativer Bescheid in Hinblick auf die Mitfinanzierung des Programmkinos durch das Land vorliegt, überhaupt kein Anlass dafür gegeben ist, den Antrag auf Verwirklichung des Programmkinos zurückzuziehen. Die ÖVP wird den heute vorliegenden Dringlichkeitsantrag ablehnen.

GR. Bauer: Mich würde es auch interessieren, wie die FPÖ zur Behauptung gelangt, dass das Programmkinos problemlos noch einige Jahre ohne Qualitätsverlust im Stadttheater spielen kann. Es ist nämlich so, dass die Qualität schon seit Jahren kontinuierlich schlechter wird.

In Summe hatte das Programmkinos von 1990 bis 2009 210.000 Besucherinnen und Besucher an durchschnittlich 108 Spieltagen pro Jahr; hier sind die beiden ersten Jahre nicht berücksichtigt, in denen noch nicht das ganze Jahr hinweg gespielt wurde. Im Gesamtschnitt ergeben sich somit 90 bis 100 Besucherinnen und Besucher pro Spieltag. Die meisten Spieltage hatte das Programmkinos im Jahr 2003 mit 132 Spieltagen im Stadttheater, aber die Anzahl der zur Verfügung stehenden Spieltage hat sich seither drastisch reduziert. In den letzten Jahren sind wegen des Wagner-Festivals und wegen des Figurentheaters die Monate März bis Mai praktisch nicht bespielbar. Im Jahr 2007 musste das Programmkinos auf die eher schlechten Besuchstage Montag bis Mittwoch zurückgreifen, das heißt, gute Wochenendtermine stehen kaum noch zur Verfügung.

Somit sank der Besucherschnitt in den letzten Jahren von ca. 100 auf ca. 70 im Jahr 2009.

Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass die Fixkosten wie jene für das Personal oder für die Kinozeitung gleich blieben bzw. stiegen sie sogar an. Es stiegen aber auch die Kinomieten, weil bei weniger Spieltagen die Filme weniger oft gespielt werden und dann kommt eben eine Mindestmiete statt eines Prozentsatzes von den Einnahmen zum Tragen. Das heißt also, dass auch die finanzielle Situation bei einem Verbleiben im Stadttheater immer prekärer wird.

Diese Entwicklung kann nur mit einer eigenen Spielstätte gestoppt werden, die ganzjährig bzw. permanent bespielbar ist. Darüber hinaus ist ein neues Kino dringend notwendig, um für die Innenstadt eine notwendige Belebung zu bekommen. Und letztlich würde das Medien Kultur Haus wesentlich besser genutzt, ganz zu schweigen von den entstehenden Synergien.

Wir stimmen diesem Dringlichkeitsantrag nicht zu.

GR. Reindl-Schwaighofer: Das Thema Programmkinos geistert jetzt schon einige Zeit in den Veröffentlichungen bzw. in den Medien umher. Es ist irgendwo ein billiger Trick, wenn man versucht, Projekte gegeneinander auszuspielen, um so vielleicht irgendwo eine positive Rückmeldung zu bekommen. Es wäre, würde man das so weiterverfolgen, genauso einmal möglich, dass wir in das Verkehrskonzept des Kollegen Kroiß greifen und vielleicht sagen, dass man bestimmte Gelder aus seinem Ressort irgendwie umwidmen könnte. Das ist allerdings nicht unser Zugang. Wir haben vielmehr vor vier Wochen gemeinsam das Budget für das Jahr 2010 beschlossen und wir haben uns bei dieser Gelegenheit gemeinsam zu diesem Programmkinos bekannt. Und solange die Co-Finanzierung durch das Land Oberösterreich steht, ist das unser gemeinsames Projekt.

Ihr werdet es nicht schaffen, aus Wels eine Kulturwüste zu machen, so wie das in gewisser Weise vom „dritten Lager“ in Kärnten geschafft wurde. Dort gibt es mehr oder minder nur mehr eine Event-Kultur, während alles andere zu Tode gespart wurde. Man braucht sich in Kärnten nur ein bisschen umzusehen, um feststellen zu können, dass es dort nichts mehr gibt außer dem, was dem Landeshauptmann genehm ist.

Frau Josseck-Herd! Ich möchte ebenfalls den Herrn Vizebürgermeister Wimmer korrigieren. Es stimmt, was sie sagten, nämlich dass nicht der Herr Stadtrat Rabl für Stillstand und Zerstörung steht, sondern die FPÖ.

Zwischenruf GR. Josseck-Herd: „Zerstörung“ nehmen sie aber zurück!

GR. Mag. Lehner: Der Herr Kollege Reindl-Schwaighofer meinte, dass ja das Budget beschlossen worden sei. Ja, aber mit dem Hinweis von unserer Seite, dass jede einzelne Budgetpost noch auf ihre Werthaltigkeit und Sinnhaftigkeit zu hinterfragen ist.

Für dieses Programmkinos sind 1,8 Mio. Euro aufzuwenden. Und wenn ich mir vorstelle, dass im Durchschnitt pro Spieltag 70 Besucher kommen, dann ist das nicht gerade eine große Menge. Meines Erachtens ist es daher notwendig, diese Ausgabenposition klar zu hinterfragen und meines Erachtens ist sehr wohl prioritär zu reihen, was für uns wichtiger sein wird. Und ich glaube eben, dass das Programmkinos weniger wichtig ist wie die Ausbildung unserer Jugend, unserer Schüler.

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich noch sagen, dass ich wirklich davor warne, dass sich vielleicht manche Referenten gegenseitig irgendwelche Budgetposten aufrechnen. Vielmehr sollte eine gemeinsame Vorgangsweise herauskommen und das wurde von Gemeinderat Reindl-Schwaighofer sehr gut herausgearbeitet. Es gibt doch acht Stadtsenatsmitglieder und wenn sich auf einmal jedes Mitglied in einen anderen Referatsbereich einmengt, glaube ich nicht, dass am Ende eine ordentliche Politik herauskommt. Wenn schon, dann muss man gemeinsam Prioritäten setzen und dazu stehen. Das ist für mich ganz klar!

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 5) wird bei

9 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 24 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
abgelehnt.

GR. Kirchmayr, GR. Baumgartner und GR. Dipl.-Ing. Haydinger sind bei der Abstimmung über o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Sanierung der Welser Volksschulen im Rahmen eines „Masterplanes“:

Debatte zum Sachantrag:

StR. Dr. Rabl: Das Thema „Schule und Bildung“ ist gerade in der Vergangenheit bildungspolitisch sehr massiv erörtert worden. Auch die Stadt Wels hat sich in der Vergangenheit immer wieder mit diesem Thema auseinandergesetzt. Geht man in der Geschichte etwas zurück, stellt man fest, dass vom Gemeinderat das „Schulsanierungskonzept II“ im Jahr 2005 beschlossen wurde. Und nachdem jetzt ganz neue Mitglieder hier im Gemeinderat sitzen, möchte ich dazu ein bisschen was in Erinnerung rufen. Es geht hier also um ein Schulsanierungskonzept, in welchem detailliert aufgelistet ist, was es pro Schule an Sanierungsbedarf gibt, und zwar sowohl im baulichen Bereich als auch im Bereich der Schuleinrichtung. Das Gesamtvolumen dieses Konzeptes beläuft sich auf 9,2 Mio. Euro, aufgeteilt in bauliche Maßnahmen mit 7,5 Mio. Euro und in Einrichtungsmaßnahmen.

Dieses Schulsanierungskonzept wurde unter großer Belobigung aller Fraktionen einstimmig beschlossen und die Frage ist, was damit in weiterer Folge passierte bzw. was tatsächlich umgesetzt wurde. In den Jahren 2005 bis 2007 hat man jeweils 300.000 Euro im Budget vorgesehen, im Jahr 2008 waren es plötzlich nur mehr 150.000 Euro und im Jahr 2009, ein Wahljahr, wuchs der Betrag immerhin auf 500.000 Euro an. Durchschnittlich waren es also pro Jahr ca. 300.000 Euro und denkt man die Sache konsequent weiter, würde man ca. 30 Jahre brauchen, um dieses Schulsanierungskonzept aus dem Jahr 2005 umzusetzen. Es müssten also die Schüler über einen Zeitraum von 30 Jahren unter teils unhaltbaren Zuständen unterrichtet werden.

Angesichts dieser Situation stelle ich schon die Frage, wie lang eigentlich Schüler auf etwas warten können. Ich nehme jetzt nur einmal die Volksschule Pernau als Beispiel

her. Da gibt es Fenster, die zum Teil schon aus dem Rahmen fallen. Wir haben Lampen, die auf Schüler herabfallen können, was auch schon passiert sein soll. Wir haben eine Elektrik, die nicht mehr passt oder es gibt Klassenzimmer, in denen der Schimmel wächst und wo trotzdem unterrichtet werden muss. Oder man kann sich keine Bibliothek leisten, weil das Geld einfach nicht da ist.

Wachgerüttelt wurde die Politik – das muss ich für mich und auch für meine Fraktion zugeben – durch den Aufschrei der Direktoren. Ich bin den Direktoren für diese Initiative durchaus dankbar. Ich glaube nämlich, dass man die Politik dort und da sehr wohl aufrütteln und auf die wunden Stellen tippen muss, um deutlich zu machen, wo prioritär etwas zu tun ist. Macht man das nicht, so macht man sich in gewisser Weise mitschuldig und deshalb ein herzlicher Dank an die Lehrerschaft, an die Direktoren dafür, dass sie sich getraut haben, diese Dinge aufzuzeigen.

Und was machten die einzelnen Direktoren? Sie übermittelten – das finde ich durchaus richtig – Mängellisten. Und nach Übermittlung dieser Mängellisten startete eine Art von Tourismus hin zu den Schulen. Diverse Politiker schauten sich das an, sie baten um Geduld und versicherten, dass das schon irgendwie gehen werde. Nicht nur seitens der ÖVP gab es einen Schulbesuch, auch ich habe mich in die Schulen begeben, um mir einmal anzuschauen, was dort tatsächlich los ist. Ich musste feststellen, dass durchaus berechtigt sei, was hier aufgelistet wurde. Da wurde tatsächlich 22 Jahre lang nicht ausgemalt, was man schon mit freiem Auge erkennen kann. Oder die Fenster lassen sich nicht mehr öffnen bzw. tut das keiner mehr, weil man wirklich Angst davor haben muss, dass sie herausfallen. Woanders ließ sich die Heizung nicht regeln: Es ist irrsinnig heiß und andererseits, wenn man die Fenster aufmacht, sehr kalt. Alle diese Dinge, die da aufgelistet wurden, sind demnach berechtigt.

Was macht aber dann die Politik? Das ist doch eigentlich das Interessante an der Sache. Sie vertröstet! Die Politik sagt: Es kommen schon die entsprechenden Maßnahmen. Andererseits muss man sich ganz einfach fragen, wie denn das gehen soll, wenn relativ geringe finanzielle Mittel bereitstehen. Wir wissen, dass das Budgetdefizit im nächsten Jahr auf 20 Mio. Euro ansteigt und ein Jahr darauf wird es noch schlechter. Warum soll man erwarten, dass die Direktoren diese Vertröstungen ernst nehmen? Ich kann es nur verstehen, wenn sie das nicht tun.

Man sollte es aber verstehen, wenn in der Folge versucht wird, irgendwelche Lösungen zu finden. Ich weiß schon, dass mir von Herrn Vizebürgermeister Wimmer vorgeworfen wird, ich sei ein Verhinderer und Zerstörer, nur will ich tatsächlich nicht verhindern und zerstören, sondern einfach Zustände schaffen, aufgrund derer in Schulen normal unterrichtet werden kann. Und natürlich muss ich in diesem Zusammenhang eine Prioritätenliste aufstellen, denn alles zusammen kann ich mir eben nicht leisten. Angesichts dessen stellt sich nun einmal die Frage, ob wir denn wirklich dieses Programmkino so dringlich brauchen. Die Frau Bauer von den GRÜNEN sagt dann, dass wir künftig im Programmkino 20.000 Besucher haben werden und wir deshalb etwas machen müssten. Sie erhält auch noch die Zustimmung von der zuständigen Referentin Eisenrauch.

An dieser Stelle frage ich, wie viel Schüler denn jährlich die Schulen besuchen? Das nicht bloß vielleicht an einem Abend, sondern fast täglich! Wer redet denn davon, wie unsere Kinder in diesen Schulen eigentlich unterrichtet werden müssten bzw. wie sich die Verhältnisse eigentlich darstellen sollten? Und wer redet von den Lehrern, die unter



diesen Umständen unterrichten müssen? So muss sich ein verantwortungsvoller Politiker die Frage stellen, ob wir andererseits dieses Programm kino wirklich so dringend brauchen. Wenn für das Programm kino auf zwei Jahre verteilt 1,8 Mio. Euro im Budget stecken und man zur Erkenntnis gelangt, dass solch ein Kino nicht so ganz dringend benötigt wird, dann ist es auf der anderen Seite so, dass dieses Geld für die Schulen unbedingt gebraucht wird.

Welche Auswirkungen hätte es denn, würden diese Sanierungen an den Schulen nicht durchgeführt? Hier spielt auch die Frage der Integration eine Rolle, weil nämlich ohne Schulbibliothek eine Integration schwerer möglich ist. Es stellt sich die Frage der Zumutbarkeit etwa bei der Nutzung der Turnsäle bzw. der Turngeräte, das heißt, kann man wirklich alle Geräte nützen oder muss man diesbezüglich schon Vorsicht an den Tag legen? Da kann mich der Herr Vizebürgermeister Wimmer ruhig einen Verhinderer und Zerstörer nennen, wo es andererseits darum geht, die Schulen entsprechend auszurüsten.

Es wird immer gesagt, es sei kein Geld vorhanden, aber dazu sei mir ebenfalls eine Frage erlaubt. Noch vor einem halben Jahr hieß es, dass wir 25 oder 30 Millionen für eine neue Sportstätte haben würden, wobei zwar die Stadt nur die Hälfte finanzieren müsste, aber trotzdem wäre noch immer genug auf die Stadt entfallen. Nun, mittlerweile ist dieser Stadionbau abgesagt und plötzlich heißt es, dass wir für gar nichts mehr Geld hätten. Greife ich aber solch eine Sache auf, die nicht ganz leicht zu verstehen ist, sagt man, ich sei der Böse. Es geht mir nicht darum, der Gute oder der Böse zu sein, sondern vielmehr darum, dass Prioritäten gesetzt werden. Es liegt halt in der verdammt Verantwortlichkeit eines Politikers oder einer Partei, Prioritäten klar auszusprechen. Und wenn wir schon solche Prioritätenreihungen brauchen, muss ich sagen, dass unsere Priorität bei den Kindern, bei der Bildung und in der Zukunft unserer Kinder liegt. Kann ich diese Priorität umsetzen, verzichte ich andererseits gern auf dieses Programm kino.

Man kann in diesem Fall auch nicht zuwarten. Niemand kann sagen: Warten wir halt die nächsten zwei, drei oder vier Jahre ab, in der Hoffnung, dass sich die Budgetsituation schon bessern werde, womit wir dann mehr Geld für die Schulen zur Verfügung stellen können. Es ist wirklich nur ein hoffnungsvoller Wunsch der Referentin, wenn sie sagt, dass die sich bei den nächsten Budgetverhandlungen einsetzen werde, damit eben mehr Geld zur Verfügung gelangt. Tatsächlich wird insgesamt das Geld nicht mehr, sondern immer weniger und so muss man sich halt überlegen, was man statt dessen machen bzw. nicht mehr machen kann. Und nur wenn ich mir schon überlegt habe, was „statt dessen“ bedeuten kann, ist es mir tatsächlich möglich, an bestimmter Stelle einzusparen, um eben woanders mehr bereitstellen zu können.

Wenn der Herr Bürgermeister sagt, dass sich die Referenten nicht gegenseitig ausspielen sollen, dann meine ich, dass es letztlich schon notwendig sein wird, einen Wettbewerb der Ideen durchzuführen, damit wir auch zu Prioritäten kommen. Nur wenn ich solche Überlegungen anstelle, werde ich am Ende zu Ergebnissen kommen können. In der Politik geht es irgendwo auch darum, zu sagen, welche die zukunftssträchtigen Investitionen sind. Es geht hier um die Zukunft unserer Kinder und deswegen ist eben die Sanierung der Schulgebäude und der Einrichtungsgegenstände die zukunftssträchteste Investition überhaupt. So wundert es mich ein bisschen, wenn auf einmal Proteste in der Richtung wahrzunehmen sind, was wir uns eigentlich erlauben, warum wir das Programm kino plötzlich abschaffen wollen und dass wir womöglich eine Kulturwüste

hinterlassen möchten. Also, in Wels geschieht ja nicht sehr viel ohne SPÖ und bisher hat Kultur nur in der Weise stattgefunden, wie das die SPÖ haben wollte. Gott sei Dank hat sich zuletzt dieser Zustand doch verändert bzw. verbessert, aber man muss halt auch damit leben, dass gewisse Dinge in der Vergangenheit gang und gäbe waren. Jetzt kann aber so manches geändert werden und deshalb fordere ich ausdrücklich alle Fraktionen auf, über Parteigrenzen hinweg zu sagen, dass wir da an einem gemeinsamen Strang ziehen müssen. Wir brauchen hier einen Konsens aller, denn es ist nun einmal eine große Aufgabe, die Schulen zu sanieren.

Auf der anderen Seite hat es diesen Konsens schon einmal gegeben, nämlich bei Fassung dieses Grundsatzbeschlusses im Jahr 2005 über das Schulsanierungskonzept II mit einem Aufwand von 9,2 Mio. Euro und es sollte dieser Grundsatzbeschluss endlich umgesetzt werden. Wie wir sehen, reicht es nicht einfach aus, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, denn es müssen in weiterer Folge die notwendigen Gelder fließen. Ich finde es ja direkt unfair gegenüber den Schulen, wenn man auf der einen Seite den Schulen im Jahr 2005 sagte, sie würden in den nächsten Jahren 9,2 Mio. Euro bekommen, dann aber aus den nächsten Jahren – ich verstehe darunter maximal fünf oder vielleicht sechs Jahre – gleich 30 Jahre werden. Dazu kommt noch der Aspekt, dass nur ein paar Jahre nach einer solchen Grundsatzbeschlussfassung noch andere Beschlüsse gefasst werden – das finanzieren wir und das auch noch – womit das, was den Schulen im Jahr 2005 versprochen wurde, nicht relativ zügig umgesetzt werden kann. Das sieht ja aus, als würde man vergessen wollen, was man 2005 den Schulen, den Lehrern und Direktoren versprochen hat. Ist das wirklich eine seriöse Politik?

Insofern nehme ich die Worte des Herrn Vizebürgermeister Wimmer, der meinte, ich sei ein Zerstörer und Verhinderer, direkt als Ehrenbezeichnung. Wenn es nämlich so sein sollte, dass ich mit meiner Auffassung von Politik etwas in dieser Richtung darstellen würde, dann stehe ich auch dazu. Dann kann ich das gern sein!

Vzbgm. Eisenrauch: Ich begrüße jetzt vor allem die Leiter bzw. Leiterinnen jener Schulen, die heute von Herrn Stadtrat Rabl zu uns in den Gemeinderat eingeladen wurden.

Ich gebe dem Herrn Stadtrat Rabl Recht darin, dass die Schulen saniert werden müssen, ich frage jetzt aber, was sich schon vor diesen letzten Ereignissen getan hat. Herr Dr. Rabl war schon zuvor eine Periode hindurch im Gemeinderat tätig, da hat er aber solche Anträge wie zuletzt nicht gestellt. Ich bin jetzt seit etwas über vier Monaten als Referentin für die Schulgebäude zuständig und habe sofort zu Jahresbeginn die Schulen abgefahren und eine Mängelliste aufgenommen, eine Liste, die ich hier in der Hand habe. Diese Mängelliste wurde sofort in das bestehende Schulsanierungskonzept eingearbeitet und wir sind jetzt dabei, eine neue Reihung vorzunehmen.

Es stimmt, dass mir heuer 500.000 Euro für Schulsanierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Und wenn ich die Schuldirektoren oder Schulleitungen angeschrieben habe, um ihnen mitzuteilen, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass wir das notwendige Geld für die nötigen Sanierungsmaßnahmen bekommen, so werde ich das tatsächlich in Hinblick auf das nächstjährige Budget machen. Für heuer bekomme ich leider kein zusätzliches Geld.

Ich habe allerdings einen Vorschlag, wobei ich mich nicht daran halten werde, Herr Bürgermeister, dass man nicht in andere Referate eingreifen soll. Nachdem nach mir

Herr Stadtrat Rabl als Baureferent die Schulen besuchte, wobei es eigentlich in erster Linie meine Aufgabe war, die Schulen zu besuchen, dann meine ich, dass er wohl als Baureferent gerne etwas tun möchte und falls er das auch so sieht, dann bitte ich ihn ganz herzlich darum, dass er mir zusätzlich für heuer 500.000 Euro aus seinem Ressort zur Verfügung stellt. Damit hätten wir dann eine Million beisammen und könnten sofort alles abarbeiten, was dringest notwendig ist.

Insgesamt denke ich mir aber, dass ich mir nicht vorschreiben lassen kann, was gemacht werden soll. Herr Dr. Rabl stellt hier Behauptungen auf und geht mit Populismus vor. Ich glaube aber, dass eine sachliche Aufarbeitung der Mängelliste am allerwichtigsten wäre, anstatt Schulleiterinnen und Schulleiter mit entsprechendem Populismus dazu zu verleiten, einen öffentlichen Aufstand zu machen.

Bgm. Dr. Koits: Herr Stadtrat Rabl! Ich muss ihnen leider sagen, dass sich Herr Gemeinderat Hochhauser noch vor ihnen zu Wort meldete.

GR. Hochhauser: Zur Geschäftsordnung, Herr Bürgermeister!

StR. Dr. Rabl: Ich melde mich zur Geschäftsordnung!

Bgm. Dr. Koits: Hochhauser hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet!

StR. Dr. Rabl: Das ist eine Sauerei! Er hat sich zuvor überhaupt nicht zur Geschäftsordnung gemeldet!

Bgm. Dr. Koits: Bitte, es kommt jetzt der Kollege Hochhauser an die Reihe!

GR. Hochhauser: Ich habe hier Zeugen dafür, dass ich mich schon früher zu Wort meldete. Bleiben sie also gelassen, Herr Dr. Rabl!

In Anbetracht der Diskussionen und speziell auch in Anbetracht unseres Dringlichkeitsantrages zum Schulsanierungskonzept II glaube ich, dass es nicht schaden würde, alles einer sachlichen Diskussion zu unterziehen und so stelle ich jetzt den Geschäftsordnungsantrag, den hier vorliegenden Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion dem Schulausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Bgm. Dr. Koits: Zur Klarstellung möchte ich nur noch festhalten, dass ich auf meiner Rednerliste nach dem Kollegen Hochhauser auch noch die Kollegin Huber stehen habe und sich erst zuletzt der Kollege Rabl zu Wort meldete. Es wird also voraussichtlich die Kollegin Huber auch nicht mehr zu Wort kommen, wenn jetzt dem von Hochhauser gestellten Geschäftsordnungsantrag Rechnung getragen wird. Das wollte ich zur Klarstellung nur noch festgehalten wissen.

Die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Hochhauser bringt folgendes Ergebnis:

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 6) wird dem Schulausschuss zur weiteren Beratung mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 10 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zugewiesen.

GR. Baumgartner ist bei der Abstimmung zum o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

StR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ist mir schon ein Anliegen, eine Richtigstellung zu machen, nämlich zur Wortmeldung von Frau Eisenrauch. Solch eine Richtigstellung kann ich ja laut Geschäftsordnung durchführen.

Ich möchte also festhalten, dass ich in meinem Budget gar keine 500.000 Euro habe. Aufgrund der einhelligen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP haben wir als FPÖ nur Rumpffressorts erhalten und so steht in meinem Ressort beispielsweise an Ermessenssubventionen überhaupt nichts zur Verfügung und im außerordentlichen Haushalt sind das 200.000 Euro. Soweit also etwas zur Richtigstellung auf die Wortmeldung der Frau Eisenrauch.

Bgm. Dr. Koits: Ich nehme einmal an, dass der von der Kollegin Eisenrauch genannte Betrag beispielhaft gemeint war.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Natürlich hat der Herr Dr. Rabl wesentlich mehr Geld zur Verfügung! Er sagt hier also wissentlich die Unwahrheit! Das also zur Richtigstellung von meiner Seite aus!

StR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung!

Bgm. Dr. Koits: Nein, jetzt muss ich wieder zur Behandlung der Dringlichkeitsanträge zurückkommen!

StR. Dr. Rabl: Herr Bürgermeister! Anträge zur Geschäftsordnung sind sofort in Verhandlung zu nehmen.

Der Kollege Wimmer konnte zuerst auch noch etwas sagen!

Bgm. Dr. Koits: Weder sie noch der Kollege Wimmer hatten das Wort!

StR. Dr. Rabl: Na ja, dann wundert es mich umso mehr, dass der Kollege Wimmer nicht unterbrochen wurde, ich aber nichts mehr sagen darf. Da ist ihre Vorsitzführung nicht ganz in Ordnung! Ich beuge mich aber trotzdem dieser Vorsitzführung.

Vzbgm. Wimmer: Der Kollege Rabl regt sich halt gerne auf!

Bgm. Dr. Koits: Ich bitte auch den Kollegen Wimmer, sich an die Geschäftsordnung zu halten!

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erstellung eines Nutzungskonzeptes für die ehemalige Landesmusikschule im Schloss Pollheim:

GR. Reindl-Schwaighofer zur Geschäftsordnung: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag dem Finanzausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 7) an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung wird mit

33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Bauer ist bei der Abstimmung über den o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erstellung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes:

Debatte zum Sachantrag:

GR. Dr. Csar: Ich werde mich kurz fassen. Wir haben ja fast in jedem Gemeinderat diverse Anträge in Richtung Initiativen zur Parkraumbewirtschaftung. Die ÖVP steht auf dem Standpunkt, dass wir ein Gesamtkonzept zur Parkraumbewirtschaftung erstellen sollten, damit alle Eventualitäten bzw. Möglichkeiten einfließen können. Es gibt sehr viele Ideen und Interessen der Bevölkerung. Die Bewohner der Innenstadt haben Interessen, die Wirtschaftstreibenden, die Kundschaften, die Touristen und das müssen wir alles auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Daher ist es höchst an der Zeit, sich möglichst rasch zusammzusetzen und ich hoffe, dass der zuständige Finanzausschuss möglichst bald tagt, damit man endlich einmal über die verschiedensten Ideen oder Möglichkeiten diskutieren kann, um letztlich gemeinsame Lösungen zu schaffen. Die Zeit drängt und ich bitte darum, diese Finanzausschuss-Sitzung möglichst bald anzuberaumen, damit wir in weiterer Folge möglichst bald dem Gemeinderat ein Konzept zur Beschlussfassung vorlegen können. Es sollte jedenfalls nicht sein, dass wir in jeder Gemeinderatssitzung wieder über irgendwelche Anträge groß diskutieren und diese womöglich hochspielen, sondern es ist an der Zeit und wir sind es der Bevölkerung schuldig, endlich einmal einen Schlusstrich zu ziehen und eine endgültige Lösung vorzuschlagen.

GR. Reindl-Schwaighofer zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, den in Verhandlung stehenden Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion dem Finanzausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 8) an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den öffentlichen Verkehr:

Debatte zum Sachantrag:

GR. Pernkopf: Unser Antrag wurde eigentlich schon einleitend zur heutigen Sitzung begründet und es freut mich sehr, dass letztlich auch die GRÜNEN der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages zustimmten. Natürlich ist diese Sache dringend.

Eines, Herr Stadtrat Kroiß, darf man schon sagen: Vier Wochen ist jetzt der Herminenhof für Besucher oder für die Musikschüler offen, wir haben allerdings beim Linienbus eine unveränderte Situation.

In diesem Zusammenhang fragen sich viele, ob man nicht am besten gleich etwas größere Veränderungen beim Linienverkehr durchführen sollte. Hier gibt es also verschiedene Darstellungen von Ansichten und wir meinen eben, dass es notwendig ist, ein Gesamtkonzept zu erstellen. Dabei ist mir schon klar, dass wir derzeit einen größeren Sparwillen brauchen als sonst vielleicht und wir müssen sicher versuchen, mit dem vorhandenen Budget unser Auslangen zu finden, aber es muss trotzdem gestattet sein, für die Zukunft weiterzudenken und sich Verbesserungsmöglichkeiten zu überlegen. Wir sind demnach sehr wohl dazu aufgerufen, uns die Situation des öffentlichen Linienverkehrs mit der Anbindung des Stadtplatzes, mit dem KJ, mit der Bebauung im Stadtteil Laahen etc. näher zu Gemüte zu führen. Man muss sich also verschiedene Dinge genau anschauen, damit wir letztlich auch ein richtiges Verkehrskonzept für den öffentlichen Linienverkehr in Wels bekommen.

GR. Buttinger zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag an den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Buttinger auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 9) an den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Evaluierung des Schulsanierungskonzeptes II:

Debatte zum Sachantrag:

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir haben uns dafür entschieden, die Frage der Schulsanierung auf einem sehr konstruktiven Weg anzugehen. Wir haben uns das Schulsanierungskonzept aus dem Jahr 2005, das heute schon erwähnt wurde, angeschaut und wir sind bei einem groben Überblick schnell draufgekommen, dass wir durch diverse Großprojekte, die wir gemeinsam im Gemeinderat beschlossen haben – ich erinnere an die Volksschule Mauth, an die Doppelturnhalle in der Vogelweide, an die Generalsanierung der Hauptschule in Lichtenegg und andere Projekte – mit der Umsetzung des Schulsanierungskonzeptes II etwa ins Hintertreffen geraten sind, weil eben wegen der anderen Projekte nicht so viele Gelder zur Verfügung standen.

Wir schlagen somit eine Evaluierung des Schulsanierungskonzeptes aus dem Jahr 2005 vor, so in der Richtung, wie uns das die Frau Vizebürgermeisterin mit ihrer Auflistung schon gezeigt hat. Dieses evaluierte Konzept sollte in weiterer Folge mit dem Land Oberösterreich diskutiert werden, damit zumindest gewisse Teile in das Schulerhaltungsprogramm des Landes aufgenommen werden. Das ist eine ganz wichtige Maßnahme und wir stehen dazu, dass wir in diesem Bereich Nachbesserungen einleiten müssen.

Ich möchte aber diese Gelegenheit nutzen, um darauf hinzuweisen, dass anscheinend die Kontinuität der Arbeit nicht für alle hier im Gemeinderat etwas Selbstverständliches ist. Ich möchte hier den Herrn Stadtrat Rabl zitieren, der uns alle, nämlich als Gemeinderat der Stadt Wels, noch in der Dezember-Sitzung letzten Jahres lobte, indem er meinte, dass hier sehr fleißig gearbeitet werde und als Beispiele dafür nannte er die Installierung der Stadtwache, das Kindergartenprogramm mit den Neubauten und das Schulsanierungskonzept, das wir ja gemeinsam beschlossen haben. Und gleich zwei Absätze später legte er sein Bekenntnis zur Da-Vinci-Schule ab. Wie lange jedoch die Halbwertszeit solcher Bekenntnisse ist, wissen wir, wenn wir die Medien beobachten und nun den Medien entnehmen, was er neuerdings zu gewissen Dingen zu sagen hat.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich möchte im Anschluss an die heute schon geführte Diskussion dezidiert festhalten, dass wir diese Mängelliste tatsächlich schon eingearbeitet haben. In der Zeit, in der wahrscheinlich Herr Stadtrat Rabl noch bei den Schulen herumgefahren ist, habe ich bereits mit Herrn Vizebürgermeister Hermann Wimmer ein Sanierungskonzept finanzieller Art besprochen.

Ich kann die Schulleiterinnen und Schulleiter wirklich nur beruhigen und ihnen versichern, dass bereits alles auf Schiene ist. Und wenn sie, Herr Stadtrat Rabl, meinten, sie hätten gar nicht diese 500.000 Euro, die ich gern aus ihrem Budget gehabt hätte, damit wir sofort in größerem Umfang beginnen können, dann geben sie mir wenigstens diese 200.000 Euro, die ihnen als Referent im außerordentlichen Haushalt zur Verfügung stehen. Vielleicht kann der Kollege Kroiß auch noch etwas dazu beitragen. Wenn uns die Schulen und die Bildung unserer Kinder wirklich so wichtig sind, müssen wir eben alles zusammenkratzen, was wir haben. Sie behaupten ja für sich diese Wichtigkeit von Schule und Bildung so sehr, dass ich wirklich auch um ihre finanzielle Unterstützung bitte.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich hoffe sehr, dass die Frau Referentin Eisenrauch nicht noch betteln gehen muss, damit das Geld aufgebracht werden kann, das wir für die dringendsten Sanierungsschritte benötigen.

Ich möchte an dieser Stelle eine Frage an den Herrn Stadtrat Rabl stellen. Wenn sie so genau Bescheid über den Stand des Schulsanierungskonzeptes wissen, dann frage ich mich, warum sie ihr Wissen nicht schon bei der Beratschlagung des Budgets für das Jahr 2010 einbrachten und warum sie nicht schon dabei einen höheren Budgetansatz forderten.

Wir drei GRÜN-Gemeinderäte sind praktisch alle neu im Gemeinderat und wundern uns sehr über die Informationen, die wir jetzt bekommen. Deshalb stimmen wir selbstverständlich für diesen Antrag, denn wir wollen endlich einmal genau wissen, wie es um dieses Schulsanierungskonzept steht und warum eigentlich diese Verzögerung in der Umsetzung eingetreten ist.

Ich finde es nur äußerst kurios, warum plötzlich die SPÖ ganz dringend wissen will – es handelt sich hier um einen Dringlichkeitsantrag – wie es um die Schulsanierung steht. War nicht bis zum September ein roter Stadtrat für die Schulen zuständig? Und dennoch haben sie keine Ahnung, welche Sanierungsvorhaben schon erledigt sind und welche nicht? Hat Herr Dr. Ganzert bei seinem Abgang vielleicht die Akten mitgenommen oder was ist passiert? Also, ganz kenne ich mich da, offen gestanden, nicht aus.

Dass wir nicht das eine gegen das andere ausspielen, an diesen Grundsatz sollten wir uns meines Erachtens halten. Vor allem sollten wir uns daran halten, wenn es um Kultur geht, denn die Kultur ist wohl jener Bereich, der einem als allererstes einfällt, wenn es um mögliche Sparquellen geht. Alles andere erscheint immer wichtiger als irgendein Kulturprojekt, noch dazu wenn es sich eventuell um ein solches handelt, das der FPÖ-Fraktion nicht ganz so zu Gesicht steht wie den anderen Fraktionen. Die Frau Kollegin Josseck sagte zwar bei der letzten Gemeinderatssitzung, dass sie eine eifrige Besucherin des Programmkinos sei, ich habe sie dort allerdings noch nicht getroffen; das macht aber nichts. Ich meine nur, dass wir nicht das eine gegen das andere ausspielen sollten und ich denke, es wird sehr wohl die Möglichkeit geben, Geld für die dringendsten Maßnahmen aufzutreiben und dann im kommenden Budget von Anfang an vorzusehen, dass diesem Schulsanierungskonzept, das offenbar nicht so ganz richtig in die Gänge gekommen ist, ein neuer Schwung verliehen werden kann.

StR. Dr. Rabl: Für jene, die es beim ersten Mal nicht ganz verstanden haben, wiederhole ich. Ich sagte ganz klar, dass ich selbst aufgrund der Initiative der Direktoren auf das Problem aufmerksam wurde. Mir wurde ja im Gemeinderat oft versichert, dass das Schulsanierungskonzept auf Schiene sei, dass es gut läuft und ich dachte, dass sowohl der damalige Schulreferent Dr. Ganzert als auch die jetzige Referentin Eisenrauch ihr Referat im Griff haben würden. Ich bin deshalb etwas überrascht davon, dass dem nicht so ist, was heute eingestanden wurde. Ich biete mich natürlich gerne an, diese Agenden zu übernehmen, weil dann, wenn jemand überfordert ist, muss man ihn oder sie entlasten. Ich selbst bin ein bisschen unterfordert und nehme deshalb gern etwas mehr Arbeit mit. Also, das ist kein Problem. Vielleicht ist es ja wirklich sinnvoller, wenn ich die Schulagenden übernehme, weil dann geht doch etwas weiter in dieser Sache.



Ich kann nur sagen, dass ich es bedauerlich finde, was ich in dieser Diskussion erlebe. Da sagte die Frau Referentin Eisenrauch, dass eh schon alle Mängel eingearbeitet wurden und wir sehr wohl wissen, wo wir stehen. Ich frage mich allerdings, wozu man die Evaluierung eines Konzeptes braucht, wenn man eh weiß, wo man steht. Auf der anderen Seite wird aber doch auch gesagt, dass man schon schauen müsse, wie denn tatsächlich der Stand der Dinge ist. Da geht es um 20 bis 30 Investitionen und dafür brauche ich einen eigenen Ausschuss und ein eigenes Evaluierungskonzept, um genauer zu wissen, wie es um diese Dinge steht? Ich meine, es ist doch die Grundvoraussetzung, dass der Chef in einem Referat weiß, was Sache ist.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass zwischen der Frau Eisenrauch und dem Vizebürgermeister Wimmer etwas ausgehandelt wurde, was die Finanzierung betrifft. Das nächste Doppelbudget wird uns zeigen, wie viel mehr Geld tatsächlich für die Umsetzung des Schulsanierungskonzeptes vorhanden ist.

Somit stelle ich mir sehr wohl die Frage, welchen Grund es eigentlich für diesen Dringlichkeitsantrag der SPÖ gibt. Der eigentliche Grund für diesen Antrag dürfte darin bestehen – das muss man halt offen aussprechen – das Ganze wieder zu verzögern, wieder nichts zu machen, wieder ein bisschen Ruhe einkehren zu lassen, um nicht womöglich neben den Lehrkörpern bzw. den Direktoren auch noch die Eltern aufzuschrecken, die sich darüber beschweren könnten, was eigentlich ihren Kindern zugemutet wird.

Ich bin also der Meinung, dass dieser Antrag zur Evaluierung des Schulsanierungskonzeptes ein reines Ablenkungsmanöver darstellt und deshalb sagten wir schon ganz klar, dass wir uns dagegen aussprechen.

Vzbgm. Wimmer: Ich weiß jetzt nicht genau, was einen Antrag auf Erstellung eines Masterplanes von einem Antrag auf Evaluierung unterscheidet. Andererseits ist es so, dass der eine Antrag auf Erstellung eines Masterplanes von der FPÖ stammt, ohne dass über die Fundamente einer Schulpolitik und eines Finanzierungsmodells nachgedacht wurde – vielmehr wurde ausschließlich aus populistischen Motiven heraus gehandelt – und beim anderen Antrag geht es eben um die Evaluierung eines aus dem Jahr 2005 stammenden Schulkonzeptes, welche auf seriöser Basis betrieben werden soll. Und diese Gespräche über eine Evaluierung haben nicht erst begonnen, als sich die Schuldirektorinnen und –direktoren – das bedaure ich außerordentlich – vor den Karren der Freiheitlichen spannen ließen, sondern es wurde praktisch schon zu jener Zeit damit begonnen, als die Frau Schulreferentin die Budgetgespräche mit mir führte, und zwar im Spätherbst des Vorjahres. Natürlich wussten wir schon zu diesem Zeitpunkt ganz genau, was zu tun ist. Wir wussten aber auch, dass von den für das Schulsanierungskonzept 2005 ursprünglich gedachten Mitteln Aufwendungen getätigt wurden, die nicht unbedingt klassische Sanierungsmaßnahmen darstellen, die aber selbstverständlich im Interesse der Welser Schulen liegen. Dabei handelt es sich um die vom Kollegen Reindl-Schwaighofer angesprochenen Maßnahmen wie die Sanierung der Hauptschule Lichtenegg, den Neubau der Volksschule Mauth und den Neubau oder die Generalsanierung einiger Turnhallen, wobei ich die Doppelturnhalle in der Vogelweide erwähne, die, wie ich meine, außerordentlich gut gelungen ist. Hier wurden neben dem Neubau einer Doppeltturnhalle auch die bestehenden Schulturnhallen entsprechend saniert. Also, ich maße mir an zu sagen, dass diese Projekte Teil eines Schulsanierungskonzeptes sind und Ähnliches war schon einige Jahre zuvor in der Pernau der Fall.

Das heißt demnach, dass wir diese Zurufe des Herrn Dr. Rabl nicht brauchen. Es ist vielmehr in der Tat so, wie ich es kürzlich in einem Interview sagte, nämlich dass es eine Politik eines Populismus ist, bestehende Strukturen anzupatzen, zu zerstören, zu nivellieren und destruktiv zu wirken. Damit wird er allerdings – ich hoffe, hier gibt es eine Mehrheit des Gemeinderates – nicht durchkommen.

Ich appelliere an dieser Stelle an die Freiheitliche Fraktion, die Politik des Gegen-einander endlich hintanzustellen, denn der Wahlkampf ist vorbei. Der Wahlkampf ist spätestens ab dem Zeitpunkt der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über die Nichtzulassung der „Bunten“ zur Gemeinderatswahl vorbei. Es wurde hier die Entscheidung der Stadtwahlbehörde, die von der Freiheitlichen Partei nicht mitgetragen wurde, als richtig eingestuft und damit sollten auch sie, meine Damen und Herren von der FPÖ, zur Kenntnis nehmen, dass jetzt im Interesse der Stadt Wels alle gefordert sind, sachlich und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Und es ist meines Erachtens nicht seriös, durch die Schulen zu fahren und eine Umfrage dahingehend zu starten, wo denn vielleicht eine Schraube oder ein Fenster locker sei. Solche Dinge gehören vielmehr in die Kompetenz der Schulreferentin. Sie hat tatsächlich diese Aufgabe erfüllt und eine Mängelliste erstellt. Diese Liste wurde auch mit Beträgen bewertet. Es ist somit alles vorhanden und es ist nicht notwendig, dass sich der Vorsitzende einer anderen Fraktion der Mühe unterzieht, ebenfalls eine solche Liste zu erstellen. Tut er es aber – grundsätzlich ist es sein Recht, das zu tun – dann soll er natürlich auf dem Boden der Wahrheit und der Sachlichkeit bleiben, anstatt mit falschen Detailinformationen oder mit Unwahrheiten im Gemeinderat zu arbeiten.

Ich weiß, dass in den Schulen eine ausgezeichnete Arbeit geleistet wird. Die Schulleiterinnen und Schulleiter leisten zusammen mit ihrem jeweiligen Lehrkörper eine ausgezeichnete Arbeit und ich weiß genauso, dass die notwendigen Mittel im Bereich der Schulerhaltung zur Verfügung zu stellen sind, wobei ich aber um Verständnis dafür ersuche, dass nicht alles gleichzeitig gemacht werden kann. Dieses Verständnis hatte der Welser Gemeinderat noch am 22. Februar dieses Jahres bei dem dankenswerterweise einstimmig gefassten Budgetbeschluss, das heißt, es war keine Rede davon, dass für den Bereich der Schulsanierung zu wenig Geld zur Verfügung gestellt würde. Das wurde interessanterweise erst nach einem Zeitungsbericht über die Da-Vinci-Schule virulent, die wir ebenfalls gefördert haben und die meines Erachtens als Teil eines Schulbauprogrammes einer Stadt zu sehen ist. Das heißt also, dass wir ein sehr breites Angebot in Wels haben und dass wir viele Millionen Euro in die Hand genommen haben, um dem Bildungsauftrag nachzukommen und die Stadt Wels als den Bildungsstandort entsprechend zu festigen.

Und wenn einmal ein Mangel an einer Schulbibliothek vorhanden war, dann hat in der Vergangenheit die Frau Bezirksschulinspektor Pitzer den Weg zu mir und zum Schulreferenten gefunden, wobei wir Lösungen zusammenbrachten. Die Frau Bezirksschulinspektor wird ihnen gerne bestätigen, dass das in der Vergangenheit sehr gut funktionierte und es wird das auch mit der neuen Schulreferentin gut funktionieren.

Es ist nicht unsere Art, mit Presseaussendungen zu arbeiten, noch dazu als mit dieser hier niemandem geholfen ist. Wir sind auch nicht diejenigen, die vielleicht jede Woche einen Brief an jemanden in dieser Richtung schreiben, sondern wir bemühen uns vielmehr, sachorientierte Lösungen zu finden. Und wenn ich von sachorientierten Lösungen spreche, dann heißt das, dass auf der einen Seite der Bestand erhoben und

auf der anderen Seite versucht wird, entsprechende Geldmittel für eine Sanierung oder Renovierung aufzutreiben, was zugegebenermaßen in Zeiten wie diesen nicht ganz leicht ist. Es wird ja wohl auch der Freiheitlichen Fraktion und damit Herrn Dr. Rabl bekannt sein, dass die Wirtschaftskrise nun einmal da ist und dieses Phänomen nicht nur die Stadt Wels betrifft, das heißt, diese Krise schlägt sich von der Bundes- über die Landesebene bis auf die Gemeinden durch. Und im Lichte dieser Situation, in der uns auf der Einnahmenseite sehr viel vorenthalten wird, in der wir jedoch auf der Ausgabenseite eine Menge zusätzlicher Belastungen haben, sollte man mit einem höchstmöglichen Maß an Vernunft an die Lösung dieser Fragen herangehen und an diese Vernunftfähigkeit appelliere ich jetzt, was die Freiheitliche Fraktion hier in Wels betrifft.

Bgm. Dr. Koits: Ich wende jetzt die Geschäftsordnung ganz genau an und stelle fest, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates oder Stadtsenates zu einem Tagesordnungspunkt nur zweimal zu Wort melden dürfen. Der Kollege Dr. Rabl war schon zweimal dran und es steht ihm keine dritte Wortmeldung zu.

StR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung!

Bgm. Dr. Koits: Ich wende jetzt die Geschäftsordnung wirklich genau an und stelle fest, dass es von den Stadträten ohne Gemeinderatsmandat keine Anträge zur Geschäftsordnung gibt. Ich habe das bisher immer relativ großzügig gehandhabt, aber ich werde das in Zukunft auf Punkt und Beistrich handhaben. Schaut euch bitte für die Zukunft die Geschäftsordnung ganz genau an!

GR. Dr. Csar: Gerade zu diesem Thema, was die Schulen betrifft, ist es ziemlich peinlich, wie die Sitzung abläuft; das muss ich schon auch sagen. Emotionen gehen hoch, aus verständlichen Gründen, aber insgesamt lässt das Verhalten untereinander schon zu wünschen übrig. Ich hoffe, dass nicht zu viele Schülerinnen und Schüler zu Hause über das Internet diese Sitzung mitverfolgen, denn das würde unser Ansehen als Mitglieder des Gemeinderates oder des Stadtsenates nicht gerade fördern.

Nun aber zurück zur Sache. Hier meine ich zuerst einmal, dass die Emotionen aus dem Thema herauskommen müssen. So ist die Frau Vizebürgermeisterin ganz ruhig vorgegangen, indem sie sich an die Schulen wandte und Rückmeldungen einforderte. Sie hat diese Rückmeldungen bekommen und dann wohlüberlegt in ihrem Tatendrang versucht, zu Lösungen zu finden, Lösungen für Probleme, die auf dem Tisch liegen. Abgesehen davon hat sich Frau Eisenrauch vor Ort ein Bild von den Problemen gemacht.

Für diese Problemlösungen ist es jetzt notwendig, dass wir gemeinsam ein Konzept erstellen und uns etwas Vernünftiges hinsichtlich der Finanzierung überlegen. Es ist aber peinlich, wenn eine Fraktion versucht, das Thema an sich heranzuziehen und, wie es in der Debatte hieß, die Lehrer vor ihren Karren zu spannen. Ich weise zwar diesen Ausdruck zurück, aber immerhin scheint es so, als wolle man politisches Kleingeld machen. Solch einen Versuch finde ich nicht gut. Wir müssen vielmehr versuchen, in der Sache selbst voranzukommen. Ich weiß, welche gute, ja welche hervorragende Tätigkeit vor Ort von den Direktorinnen und Direktoren, von den Lehrerinnen und Lehrern erbracht wird und wir können stolz darauf sein, dass sie tagtäglich dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder gut ausgebildet werden. Sie brauchen dafür aber auch eine gute Infrastruktur. Deshalb appelliere ich zuletzt an den Gemeinderat, an die Stadtsenats-

mitglieder, an den Bürgermeister, den Hilferuf der Lehrerschaft ernst zu nehmen und zu schauen, dass möglichst rasch ein Gesamtkonzept zustande kommt.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich denke, dass sich die ganze Aufregung, die jetzt auch wieder von Herrn Csar skizziert wurde, wahrscheinlich auf alle bezogen hat und damit möglicherweise auch auf die eigene Referentin. Vielleicht sollten sie also mit ihrer Schelte etwas zurückhaltender sein.

Der Kollege Rabl hat in dieser ganzen Diskussion von Anfang an behauptet oder klargestellt, dass es der Hilferuf der Welser Direktoren war, der ihn veranlasste, der Sache etwas näherzutreten. Es stellt somit eine Ungeheuerlichkeit dar, wenn hier von Herrn Wimmer oder sonst jemanden behauptet wird, die Welser Schuldirektoren ließen sich vor den Karren der FPÖ spannen. Das war nämlich nie und nimmer der Fall und etwas in dieser Richtung wurde sonst nie behauptet. Das stellt somit eine Ungeheuerlichkeit dar und ich denke, mit solchen Wortmeldungen sollte man gegenüber Personen, die ebenfalls ihre Ämter erfüllen, sparsamer sein.

Was macht denn der Kollege Rabl als Baureferent? Er ist selbstverständlich zuständig dafür, sich um den Zustand öffentlicher Gebäude zu kümmern. Das hat er ausführlich gemacht und nun haben wir in einem Antrag verlangt, dass diese Mängel in einem Masterplan eingearbeitet werden. Das wird aber offenbar in dieser Weise nicht akzeptiert und damit hat Rabl auch schon seine Schuldigkeit getan.

Es ist schon hoch interessant hier im Gemeinderat, dass immer dann, wenn sich die Freiheitliche Fraktion bestimmter Anliegen, die auch in der Bevölkerung ein sehr großes Gewicht haben, annimmt, eine unheimliche Schelte in einer unheimlichen Unsachlichkeit kommt. Wir sind dies aber seit Jahren von Herrn Wimmer gewohnt, der sich in der Vergangenheit überhaupt nicht davor scheute, hier im Gemeinderat Unwahrheiten zu behaupten, weil er ja wusste, dass hier ad hoc vor Ort kaum etwas überprüft werden konnte.

Er scheut auch nicht davor zurück, Herrn Dr. Rabl, den Fraktionsvorsitzenden der FPÖ, herunterzumachen. Wir sind das eigentlich gewohnt, wir werden uns aber trotzdem auch weiterhin nicht davon abhalten lassen, dass wir Dinge, die wir für richtig halten, hier im Gemeinderat verfolgen und wenn nötig mit dem öffentlichen Druck zu versehen, der dann immer salopp als Populismus hingestellt wird. Immer dann, wenn etwas aufgenommen wird, das die Menschen berührt, wird dies als Populismus heruntergetan. Ich denke aber, dass wir das Richtige gemacht haben. Nehmen sie das bitte zur Kenntnis!

Bgm. Dr. Koits: Nachdem ich keine Wortmeldungen mehr sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich sage jetzt einmal: Schade, dass die Diskussion phasenweise in dieser Art geführt wurde. Andererseits hoffe ich, dass mit dieser heutigen Diskussion die Behandlung des Themas auf diese Art vorbei ist und es uns gemeinsam gelingt, für die Kinder, für die Jugendlichen in dieser Stadt und für diejenigen, die sie betreuen, entsprechend gute oder positive Verhältnisse zu schaffen.

Ich betone, was Hermann Wimmer sagte. Wir haben in den letzten vier bis fünf Jahren – das muss genauso festgestellt werden – zwischen 15 und 16 Mio. Euro in den Schulbereich investiert und darauf wurde bei dieser Diskussion eigentlich vollkommen vergessen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das wurde von Herrn Dr. Rabl professionell verschwiegen!

Bgm. Dr. Koits: Dass in der Zukunft da und dort Handlungen zu setzen sind, dass manches zu überarbeiten ist, das ist doch wohl ganz klar. Aber das werden wir nicht schaffen, wenn wir uns gegenseitig irgendwelche Dinge ausrichten. Vielmehr werden wir das dann schaffen, wenn gemeinsam an den Dingen gearbeitet wird.

Ich lasse jetzt über diesen Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 10) wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Nachdem keine Einreichung zur Bürgerfragestunde vorliegt, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich danke für die Beiträge und stelle fest, dass jetzt diese Sitzung geschlossen ist.

### ***H I N W E I S für Internet-Nutzer:***

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 10.05.2010 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*